

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 80

FREITAG, DEN 7. OKTOBER

2016

Inhalt:

	Seite		Seite
Ungültigkeitserklärung einer gelben Waffenbesitzkarte.....	1689	Teilflächige Widmung im Bezirk Eimsbüttel.....	1690
Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die türkische Sprache.....	1689	Teilflächige Widmung im Bezirk Eimsbüttel.....	1691
Bekanntgabe des Ergebnisses einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.....	1689	Entwidmung von Verkehrsflächen in Eimsbüttel ...	1691
Anpassung der vorläufigen Sicherung des Überschwemmungsgebiets Este.....	1690	Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen.....	1691
Widmung der Wegefläche Baxmannweg.....	1690	Widmung von Wegeflächen.....	1691
Teilflächige Widmung im Bezirk Eimsbüttel.....	1690	Aufhebung einer Widmung im Bereich Serrahnstraße.....	1691
Teilflächige Widmung im Bezirk Eimsbüttel.....	1690	Teilentwidmung der öffentlichen Wegefläche „Bei der Blauen Brücke“ im Bezirk Bergedorf.....	1691
Teilflächige Widmung im Bezirk Eimsbüttel.....	1690	Widmung von öffentlichen Wegeflächen „Kattwykstraße“.....	1691
		Sitzung der Vertreterversammlung der Hanseatischen Feuerwehr-Unfallkasse Nord.....	1691

BEKANNTMACHUNGEN

Ungültigkeitserklärung einer gelben Waffenbesitzkarte

Die durch die Stadt Hamburg, Waffenbehörde – J4 –, vorher Bezirksamt Wandsbek, Ortsamt Rahlstedt, am 16. Januar 1989 erteilte gelbe Waffenbesitzkarte für Sportschützen mit der Dokumentennummer 44/88 des Herrn Walter Hellwinkel, geboren am 9. Dezember 1935 in Großholz, wohnhaft in Paalende 19, 22149 Hamburg, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Hamburg, den 13. September 2016

Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei – Amtl. Anz. S. 1689

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die türkische Sprache

Frau Melek Korkmaz, geboren am 15. Oktober 1972 in Geesthacht, wohnhaft Finkenau 8 e, 22081 Hamburg, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die türkische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 20. September 2016

Die Behörde für Inneres und Sport
Amtl. Anz. S. 1689

Bekanntgabe des Ergebnisses einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Firma Vattenfall Europe New Energy Services GmbH hat bei der Behörde für Umwelt und Energie Hamburg – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – eine Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für die Änderung einer Verbrennungsmotoranlage (Blockheizkraftwerk) inklusive Nebenanlagen und damit einer „Anlage zur Erzeugung von Strom, Dampf, Warmwasser, Prozesswärme oder erhitztem Abgas in einer Verbrennungseinrichtung (wie Kraftwerk, Heizkraftwerk, Heizwerk, Gasturbinenanlage, Verbrennungsmotoranlage, sonstige Feuerungsanlage), einschließlich zugehöriger Dampfkessel, ausgenommen Verbrennungsmotoranlagen für Bohranlagen und Notstromaggregate, durch den Einsatz von ... Gasen der öffentlichen Gasversorgung ... Feuerungsleistung von 1 Megawatt bis weniger als 20 Megawatt, bei Verbrennungsmotoranlagen oder Gasturbinenanlagen“ (Nr. 1.2.3.2, Verfahrensart V des Anhangs 1 der 4. Verordnung zur Durchführung des BImSchG) auf dem Grundstück Eckerkoppel 146 in 22159 Hamburg-Farmsen beantragt.

Die Anlage stellt ein Vorhaben nach Nummer 1.2.3.2, Spalte 2, Buchstabe S der Anlage 1 des Gesetzes über die

Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) dar. Nach der gemäß § 3c Satz 2 UVPG vorgenommenen standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben abgesehen. Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Behörde für Umwelt und Energie Hamburg aufgrund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalls keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben. Die Begründung der Feststellung, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, ist bei der Behörde für Umwelt und Energie Hamburg – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes der Öffentlichkeit zugänglich.

Hamburg, den 29. September 2016

Die Behörde für Umwelt und Energie

Amtl. Anz. S. 1689

Anpassung der vorläufigen Sicherung des Überschwemmungsgebiets Este

Das durch Bekanntmachung im Amtlichen Anzeiger Nr. 46 am 13. Juni 2014 vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiet Este wird gemäß § 54 Absatz 3 des Hamburgischen Wassergesetzes (HWaG) in der Fassung vom 29. März 2005, zuletzt geändert am 4. Dezember 2012, in Verbindung mit § 76 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) vom 31. Juli 2009, zuletzt geändert am 4. August 2016, angepasst. Die Karten werden nach § 54 Absatz 3 HWaG in Verbindung mit § 76 Absatz 4 WHG an folgenden Orten vom 1. November 2016 bis 1. Dezember 2016 während der Dienststunden öffentlich ausgelegt:

Behörde für Umwelt und Energie
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Raum E.01.274,
Montag bis Freitag von 7.00 Uhr bis 20.00 Uhr.

Bezirksamt Harburg
Harburger Rathausforum 2, 21073 Hamburg,
WBZ – Harburg – Foyer,
Montag und Freitag von 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr,
Dienstag und Donnerstag von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr.

Hamburg Port Authority AöR
Neuer Wandrahm 4, 20457 Hamburg, Raum 3.4.24,
Montag bis Donnerstag von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr,
Freitag von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr.

Die Karten werden zusätzlich für die Dauer der vorläufigen Sicherung zur Einsicht durch jedermann bei der zuständigen Wasserbehörde aufbewahrt. Weiterhin können die Karten im Internet unter <http://www.hamburg.de/ueberschwemmungsgebiete/> eingesehen werden.

Hamburg, den 7. Oktober 2016

Die Behörde für Umwelt und Energie

Amtl. Anz. S. 1690

Widmung der Wegefläche Baxmannweg

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen wird die im Bezirk Hamburg-Mitte belegene Wegefläche Baxmannweg (Flurstücke 1174, 1263 teilweise und 590 teilweise) der Gemarkung Öjendorf mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die urschriftliche Verfügung mit Lageplan kann beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Klosterwall 8, 20095 Hamburg, eingesehen werden.

Hamburg, den 26. September 2016

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 1690

Teilflächige Widmung im Bezirk Eimsbüttel

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) werden die im Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 305, Gemarkung Eimsbüttel, belegenen Flurstücke 5581 (alt) und 5587 (alt) (Flurstück neu 5635 teilweise, Verbreiterungsfläche in der Straße Alar-dusstraße) mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 6. September 2016

Das Bezirksamt Eimsbüttel

Amtl. Anz. S. 1690

Teilflächige Widmung im Bezirk Eimsbüttel

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) werden die im Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 305, Gemarkung Eimsbüttel, belegenen Flurstücke 5583 (alt) und 5588 (alt) (Flurstück neu 5635 teilweise, Verbreiterungsfläche in der Straße Eppendorfer Weg) mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 6. September 2016

Das Bezirksamt Eimsbüttel

Amtl. Anz. S. 1690

Teilflächige Widmung im Bezirk Eimsbüttel

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) wird das im Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 321, Gemarkung Stellingen, belegene Flurstück 677-1 der Straße Birkhahnweg 2 bis Ende Kehre und 7 bis 19 mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr und Flurstück 677-2 Birkhahnweg nach der Kehre 19 bis 21 als befahrbarer Wohnweg bis 3,5 Tonnen gewidmet.

Hamburg, den 7. September 2016

Das Bezirksamt Eimsbüttel

Amtl. Anz. S. 1690

Teilflächige Widmung im Bezirk Eimsbüttel

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) wird das im Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 318, Gemarkung Niendorf, belegene Flurstück 12301 der Straße Garstedter Weg 281 mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Fußgänger- und Radverkehr gewidmet.

Hamburg, den 7. September 2016

Das Bezirksamt Eimsbüttel

Amtl. Anz. S. 1690

Teilflächige Widmung im Bezirk Eimsbüttel

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) wird das im Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 313, Gemarkung Harvestehude, belegene Flurstück 2537 der Straße Kaiser-Friedrich-Ufer zwischen Hausnummern 28–30 mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Fuß- und Radverkehr gewidmet.

Hamburg, den 13. September 2016

Das Bezirksamt Eimsbüttel

Amtl. Anz. S. 1691

Entwidmung von Verkehrsflächen in Eimsbüttel

Nach § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) werden die im Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 321, Gemarkung Stellingen, belegenen Wegeflächen Langenfelder Damm 100–102 (Flurstücksteilfläche 4648-1) und Kieler Straße (Flurstücksteilfläche 4774-1) mit sofortiger Wirkung entwidmet.

Hamburg, den 13. September 2016

Das Bezirksamt Eimsbüttel

Amtl. Anz. S. 1691

Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen

Verfügung:

Nach § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) in der jeweils gültigen Fassung werden die im Bezirk Hamburg-Nord, in den Gemarkungen Uhlenhorst und Barmbek, Ortsteile 418 und 419, belegenen Flurstücke 301-A, 301-B, 301-C, 7002-A, 7002-2 und 7003 der Beethovenstraße, Flurstücke 1577-A und 1577-B der Humboldtstraße, Flurstücke 1575-A und 1575-B der Schumannstraße als für den öffentlichen Verkehr entbehrlich mit sofortiger Wirkung entwidmet.

Hamburg, den 17. August 2016

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

Amtl. Anz. S. 1691

Widmung von Wegeflächen

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird das im Bezirk Bergedorf in der Gemarkung Allermöhe belegene, von der Straße Marie-Henning-Weg abzweigende Flurstück 7522 mit sofortiger Wirkung dem Fußgänger- und Radfahrverkehr gewidmet, sowie das Flurstück 7523 mit sofortiger Wirkung dem allgemeinen Verkehr gewidmet.

Die zu widmenden Flächen sind gelb markiert im Plan dargestellt.

Hamburg, den 15. September 2016

Das Bezirksamt Bergedorf

Amtl. Anz. S. 1691

Aufhebung einer Widmung im Bereich Serrahnstraße

Die mit Verfügung vom 2. April 1991 veranlasste Veränderung der Benutzbarkeit einer öffentlichen Wegefläche

(Gemarkung Bergedorf, ehemaliges Flurstück 461 teilweise) zugunsten des Fußgängerverkehrs wird hiermit aufgehoben. Die Flächen im Bereich Serrahnstraße (Gemarkung Bergedorf, Flurstücke 7296, 7316 teilweise [WN10269]) sind im Rahmen des Projektes CCB neu strukturiert und umgestaltet worden. Die neu entstandenen Flächen wurden mit Verfügung vom 25. November 2013, veröffentlicht im Amtl. Anz. Nr. 98 vom 10. Dezember 2013 S. 2314, neu gewidmet.

Hamburg, den 21. September 2016

Das Bezirksamt Bergedorf

Amtl. Anz. S. 1691

Teilentwidmung der öffentlichen Wegefläche „Bei der Blauen Brücke“ im Bezirk Bergedorf

Nach § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird das im Bezirk Bergedorf, Gemarkung Curslack, an der Straße Bei der Blauen Brücke belegene Flurstück 512 (teilweise), das für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden ist, entwidmet. Die betroffene Fläche ist rot markiert im Lageplan dargestellt.

Hamburg, den 19. September 2016

Das Bezirksamt Bergedorf

Amtl. Anz. S. 1691

Widmung von öffentlichen Wegeflächen „Kattwykstraße“

Gemäß § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen werden die im Bezirk Harburg, Stadtteil Wilhelmsburg, liegenden, etwa 1280 m² großen Straßen- und Nebenflächen mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 29. September 2016

Hamburg Port Authority

Amtl. Anz. S. 1691

Sitzung der Vertreterversammlung der Hanseatischen Feuerwehr-Unfallkasse Nord

Die nächste Sitzung der Vertreterversammlung der Hanseatischen Feuerwehr-Unfallkasse Nord findet Mittwoch, den 16. November 2016, 14.00 Uhr, in Schwerin statt. Sitzungsort ist das Haus der Kommunalen Selbstverwaltung, Bertha-von-Suttner-Straße 5, 19061 Schwerin. Die Beratungspunkte der Tagesordnung sind auf der Homepage unter www.hfuk-nord.de einzusehen. Die Sitzung der Vertreterversammlung ist gemäß § 63 Abs. 3 SGB IV öffentlich.

Hamburg, den 30. September 2016

Hanseatische Feuerwehr-Unfallkasse Nord

Der stellv. Vorsitzende der Vertreterversammlung

gez. Janke

Amtl. Anz. S. 1691

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Deutschland-Hamburg:
Bau von Grundschulen 2016/S 185-331509

Auftragsbekanntmachung

Bauauftrag
Richtlinie 2014/24/EU

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name und Adressen**
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Telefax: +49/40/42731-0143
NUTS-Code: DE600
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.hamburg.de/schulbau/>
- I.2) **Gemeinsame Beschaffung**
- I.3) **Kommunikation**
Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.hamburg.de/ausschreibungen>.
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen.
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen.
- I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Regional- oder Kommunalbehörde
- I.5) **Haupttätigkeit(en)**
Allgemeine öffentliche Verwaltung

ABSCHNITT II: GEGENSTAND

- II.1) **Umfang der Beschaffung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:
SBH VOB OV 086-16 PF – Neubau GBS, Fach- und Sonderräume für die Grundschule Bergstedter Alte Landstraße 12, Hamburg – Estrich-Bodenbelag, Schlosser, Maler, Putz.
Referenznummer der Bekanntmachung:
SBH VOB OV 086-16 PF
- II.1.2) CPV-Code Hauptteil: 45214210
- II.1.3) Art des Auftrags: Bauauftrag
- II.1.4) Kurze Beschreibung:
Der 2-geschossige Neubau entsteht im nördlichen Bereich des Schulgeländes. Hierfür werden bestehende, eingeschossige Baukörper im Vorwege der Baumaßnahme abgebrochen. Massivbauweise aus Stahlbeton und Mauerwerk. Stahlbetondach teilweise flach geneigt, teilweise mit Gefälledämmung und begehbare Dachterrasse mit Fluchttreppe.

Fassaden mit äußerer Schale überwiegend aus Verblendmauerwerk, teilweise Faserzementplatten. Einzelfenster als Aluminium Elemente und Teilbereiche mit Pfosten Riegel-Fassaden aus Aluminium. Abmessungen des Gebäudes ca. 38 x 18m. Die Baustelle ist über die Bergstedter Alte Landstraße unabhängig vom Schulbetrieb anfahrbar.

- II.1.5) Geschätzter Gesamtwert
Wert ohne MwSt.: 201 000,- Euro
- II.1.6) Angaben zu den Losen
Aufteilung des Auftrags in Lose: ja
Angebote sind möglich für alle Lose
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:
Estrich-Bodenbelagsarbeiten
Los-Nr.: 1
- II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)
45262320
45432100
- II.2.3) Erfüllungsort
NUTS-Code: DE60
Hauptort der Ausführung:
Bergstedter Alte Landstraße 12, 22395 Hamburg.
- II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:
Schwimmender, unbeheizter Zementestrich auf Trittschall- bzw. Wärmedämmung ca. 980 m², 820 m² Linoleum-Bodenbelag.
- II.2.5) Zuschlagskriterien
Die nachstehenden Kriterien: Preis
- II.2.6) Geschätzter Wert
Wert ohne MwSt.: 73.000,- Euro
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems
Laufzeit in Monaten: 4
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) Angaben zu Optionen
Optionen: nein
- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben
Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. Juli 2017 bis Oktober 2017.

- Die Eröffnung der Angebote findet statt am 25. Oktober 2016 um 10.00 Uhr in Raum 003. Die Öffnung der Angebote ist NICHT öffentlich.
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:
Schlosserarbeiten
Los-Nr.: 2
- II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)
45223210
- II.2.3) Erfüllungsort
NUTS-Code: DE60
Hauptort der Ausführung:
Bergstedter Alte Landstraße 12, 22395 Hamburg
- II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:
Ca. 69 lfdm. Brüstungs- und Treppengeländer, ca. 22 lfdm. Edelstahlhandläufe, Stahlkonstruktion für 1 Stück Außenfluchttreppe mit 24 Stg.
- II.2.5) Zuschlagskriterien
Die nachstehenden Kriterien: Preis
- II.2.6) Geschätzter Wert
Wert ohne MwSt.: 57.000,- Euro
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems
Laufzeit in Monaten: 4
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) Angaben zu Optionen
Optionen: nein
- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben
Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. Ende März 2017 bis Juli 2017.
Die Eröffnung der Angebote findet statt am 25. Oktober 2016 um 10.30 Uhr in Raum 003. Die Öffnung der Angebote ist NICHT öffentlich.
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:
Putzarbeiten
Los-Nr.: 4
- II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)
45410000
- II.2.3) Erfüllungsort
NUTS-Code: DE60
Hauptort der Ausführung:
Bergstedter Alte Landstraße 12, 22395 Hamburg.
- II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:
Innenwandputz Kalkzement 1980 m².
- II.2.5) Zuschlagskriterien
Die nachstehenden Kriterien: Preis
- II.2.6) Geschätzter Wert
Wert ohne MwSt.: 44.000,- Euro
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems
Laufzeit in Monaten: 1
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) Angaben zu Optionen
Optionen: nein
- II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:
Wandanstrich ca. 1700 m², Deckenanstrich ca. 400 m², Anstrich u. Zargen ca. 18 Stück, Fugenversiegelung Acryl ca. 1100 m.
- II.2.5) Zuschlagskriterien
Die nachstehenden Kriterien: Preis
- II.2.6) Geschätzter Wert
Wert ohne MwSt.: 25.000,- Euro
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems
Laufzeit in Monaten: 2
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) Angaben zu Optionen
Optionen: nein
- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben
Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. Mitte September 2017 bis Mitte November 2017.
Die Eröffnung der Angebote findet statt am 25. Oktober 2016 um 11.00 Uhr in Raum 003. Die Öffnung der Angebote ist NICHT öffentlich.

- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben
Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. Mitte Juni 2017 bis Mitte Juli 2017.
Die Eröffnung der Angebote findet statt am 25. Oktober 2016 um 11.30 Uhr in Raum 003. Die Öffnung der Angebote ist NICHT öffentlich.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Teilnahmebedingungen**
- III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:
Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer
ODER:
Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend)
- III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer
ODER:
– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).
– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate)
– Umsätze aus den letzten drei Jahren 2013, 2014 und 2015 gem. § 6 a EU Nr. 2 c Satz 1 VOB/A.
UND:
– gültige Freistellungsbescheinigung
- III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit
Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:
– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer
ODER:
– mindestens 3 Referenzen gem. § 6 a EU Nr. 3 a VOB/A zu vergleichbaren Leistungen, nicht älter als drei Jahre.

- III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen
- III.2) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:
- III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Beschreibung**
- IV.1.1) Verfahrensart
Offenes Verfahren
- IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem
- IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs
- IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion
- IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja
- IV.2) **Verwaltungsangaben**
- IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren
- IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge
25. Oktober 2016, 10.00 Uhr
- IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Anforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:
Deutsch
- IV.2.6) Bindefrist des Angebots
Das Angebot muss gültig bleiben bis:
27. Dezember 2016
- IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote
25. Oktober 2016, 10.00 Uhr
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Die Öffnung der Angebote ist NICHT öffentlich.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:
<http://www.hamburg.de/bauleistungen/5796074/bauleistungen/>
Hinter dem Wort „LINK“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebenen Leistungen zum Download kostenfrei hinterlegt.

Es erfolgt KEIN VERSAND per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt NICHT.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/42731-0499

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

FB SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Telefax: +49/40/42731-0143

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
19. September 2016

Hamburg, den 26. September 2016

Die Finanzbehörde

832

**Öffentliche Ausschreibungen
der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg**

Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH), vertreten durch die Zentrale Vergabestelle der Behörde für Inneres und Sport (ZVST) beabsichtigt im Auftrag der Polizei Hamburg den Abschluss eines Liefervertrages von einem Fahrsimulator.

Ablauf der Angebotsfrist: 20. Oktober 2016, 14.00 Uhr

Letzter Tag der Abforderung der Vergabeunterlagen:
14. Oktober 2016, 14.00 Uhr

Die kompletten Vergabeunterlagen können per E-Mail unter: ausschreibungen@polizei.hamburg.de mit dem Betreff: **ÖA 197341/16** „Fahrsimulator“ abgefordert werden.

Hamburg, den 29. September 2016

**Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –**

833

Die Finanzbehörde Hamburg, Gänsemarkt 36, schreibt die **Glas- und Gebäudereinigung in der Schule Eulenkrukgasse**, Eulenkrukgasse 166, 22359 Hamburg für die Zeit ab 1. Juni 2017 bis auf Weiteres unter der Projektnummer **2016000137** öffentlich aus.

Vergabeart: Offenes Verfahren (EU)

Ende der Angebotsfrist: 23. November 2016, 10.00.00 Uhr

Ende der Bindefrist: 31. Mai 2017

Ausführungsfrist: 1. Juni 2017 bis auf Weiteres

Über das Online-Portal Hamburg-Service (www.gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren, die Vergabeunterlagen kostenfrei einsehen, bearbeiten und Ihr Angebot elektronisch einreichen.

Hier finden Sie Hinweise zur Registrierung:

<https://gateway.hamburg.de/hamburggateway/fvp/fv/BasisHilfe/HilfeFirmen.aspx>

Die Vergabeunterlagen können auch unter Angabe der Projektnummer 2016000137 per E-Mail unter ausschreibungen@fb.hamburg.de abgefordert werden.

WICHTIG: Um die Unterlagen zu erhalten, benötigen wir zwingend Ihre vollständigen Kontaktdaten (Firmenname, Name des Ansprechpartners/der Ansprechpartnerin, vollständige Anschrift, E-Mail, Telefon und Fax) für mögliche Nachfragen. Bitte haben Sie Verständnis, dass wir bei unvollständigen Angaben keine Unterlagen versenden. Diese Möglichkeit besteht nicht bei Ausschreibungen für Glas- und Gebäudereinigungsleistungen.

Hinweis: Bei der Abgabe seines Angebotes hat der Bieter zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit eine Erklärung gem. § 6 Abs. 5 Buchstabe c VOL/A abzugeben.

Hamburg, den 30. September 2016

Die Finanzbehörde

834

Der nachstehende Konzernabschluss 2015 der HASPA Finanzholding wurde am 29. April 2016 gebilligt.

Konzern-Lagebericht

Rahmenbedingungen

Weltwirtschaft mit uneinheitlichem, insgesamt schwächerem Wachstum

Das Wachstum der Weltwirtschaft schwächte sich im Jahr 2015 etwas ab, wobei die Entwicklung sehr uneinheitlich verlief. Während einige große Länder wie Brasilien und Russland in eine Rezession gerieten und China niedrigere Wachstumsraten auswies, zeigten die Industrieländer – allen voran die USA und das Vereinigte Königreich – wieder eine robustere Entwicklung. Auch im Euroraum hat sich die Erholung gefestigt. In ehemaligen Krisenländern Spanien und Irland ist das Erholungstempo sogar deutlich überproportional.

Aufgrund des deutlich gesunkenen Ölpreises blieben die Verbraucherpreise im Euroraum letztlich konstant. Die EZB reagierte hierauf mit einer nochmals expansiveren Geldpolitik. So werden im Rahmen eines Anleiheankaufsprogramms seit März 2015 Anleihen im Volumen von 60 Milliarden Euro monatlich durch die europäischen Zentralbanken erworben. Der negative Zinssatz auf die Einlagenfazilität wurde im Dezember 2015 weiter auf minus 0,3 Prozent gesenkt.

Deutschland mit stabilem Wachstum

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft lag mit 1,7 Prozent im europäischen Mittelfeld. Wachstumstreiber waren höhere staatliche Konsumausgaben – auch durch die Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen – sowie der private Konsum, der von der guten Beschäftigungslage und einem niedrigen Preisauftrieb profitierte. Vom Außenhandel ging per saldo hingegen kaum ein Wachstumsimpuls aus.

Auch der Arbeitsmarkt entwickelte sich positiv. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte einen neuen Höchstwert von 43 Millionen bei gleichzeitig steigenden Einkommen. Die Arbeitslosenquote nahm leicht auf 6,4 Prozent ab.

Der deutsche Staatssektor konnte seinen Überschuss auf 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigern. Hierbei profitierte er von höheren Steuereinnahmen sowie dem niedrigen Zinsniveau, während die

Konsumausgaben sich erhöhten. Die Schuldenquote reduzierte sich um 3,5 Prozentpunkte auf 71,4 Prozent.

Wirtschaftswachstum in Hamburg

In Hamburg stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2015 um 2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Damit lag das Wirtschaftswachstum in diesem Zeitraum über dem Bundesdurchschnitt. Das Hamburger Konjunkturbarometer der Handelskammer Hamburg hat im dritten und vierten Quartal 2015 gezeigt, dass jeweils mehr der befragten Hamburger Unternehmen positive als negative Einschätzungen zu ihrer aktuellen und künftigen Geschäftslage sowie ihren Investitions- und Personalplanungen haben. Zudem verzeichnete das Hamburger Handwerk steigende Umsätze. Vor diesem Hintergrund dürfte Hamburg auch mit Blick auf das Gesamtjahr 2015 ein Wachstum von 2 Prozent erreicht haben.

Zur insgesamt erfreulichen wirtschaftlichen Entwicklung in Hamburg hat die gute Lage auf dem Hamburger Arbeitsmarkt beigetragen. So ist die Zahl der Erwerbstätigen in Hamburg 2015 um 8.800 Personen gestiegen. Dieser Zuwachs von 0,7 Prozent lag nur knapp unter dem bundesweiten Zuwachs von 0,8 Prozent.

Konzernstrategie

Die HASPA Finanzholding hat in ihrer besonderen Rechtsform als juristische Person alten hamburgischen Rechts dauerhaft die Verpflichtung, Sparkassengeschäft im Wirtschaftsraum Hamburg zu betreiben. Diese in ihrer Satzung festgelegte Aufgabe ist verbindlicher Maßstab und Grenze von Geschäftsausrichtung und Strategie der HASPA Finanzholding. Im Zentrum des Gruppeninteresses steht damit immer ein nachhaltiges und stabiles Sparkassengeschäft in der Region.

Die HASPA Finanzholding sichert die Sparkassenidee durch den Erwerb, das Gründen, Halten und Verwalten von Beteiligungen, die dem Sparkassengeschäft unmittelbar oder mittelbar dienen. Die Beteiligung an der Hamburger Sparkasse AG stellt insofern die wesentliche Geschäftsaktivität der Gruppe dar. Die

anderen Unternehmen sollen insbesondere dem Allfinanzangebot der Hamburger Sparkasse AG dienen oder deren Geschäftsaktivität in sonstiger Weise unterstützen.

Das zentrale Tochterunternehmen der HASPA Finanzholding – die Hamburger Sparkasse AG – hat auch im Jahr 2015 ihre Position als Marktführer in der Region behauptet und trägt dadurch zur langfristigen Sicherung der Sparkassenidee maßgeblich bei. Mit den Kompetenzzweigen, vier Regionalbereichen und im Jahr 2016 mit 28 Regionen ist die Hamburger Sparkasse so dezentral und so nah am Kunden wie kein anderes Kreditinstitut in und um Hamburg. Dabei ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor die gute kompetenzweltübergreifende Zusammenarbeit in Filialen und Finanz-Centern. Finanzberater, Vermögensaufbau- und Vermögensoptimierungsberater, Immobilienspezialisten und Firmenkundenbetreuer beraten den Kunden vollumfassend. Die Wettbewerbsvorteile Kompetenz und Regionalität gilt es im Rahmen der Multikanalstrategie auch in die Online-Welt zu übertragen.

Für den langfristigen Erhalt der Sparkassenidee in ihrem Wirkungskreis ist die HASPA-Gruppe und ihr Kerngeschäft stets so auszugestalten, dass sie auch in Zukunft die Haspa der Hamburger bleibt und ihr dies – der Tradition seit 1827 folgend – wirtschaftlich erfolgreich, ohne zusätzlichen Einfluss durch Dritte gelingt.

Ein wichtiger Erfolgsfaktor des Sparkassengeschäfts ist seine Anpassungsfähigkeit. Diese gilt es auch künftig unter Beweis zu stellen. Die wachsende Vergleichbarkeit von Bankprodukten und -dienstleistungen sowie der Reputationsverlust der Finanzbranche durch die Finanzkrise haben zu einem veränderten Kundenverhalten geführt. Demografische Entwicklung und insbesondere ein Fortschreiten der digitalen Technologien beschleunigen und erhöhen den Anpassungsbedarf zusätzlich. Die zukunftsfähige Gestaltung des Sparkassengeschäfts kann aufgrund der damit verbundenen inhaltlichen und finanziellen Auswirkungen kaum auf Einzelinstitutsebene, sondern nur im Verbund gelingen. Die zunehmende Geschwindigkeit bei Veränderungsprozessen und die zunehmende Komplexität in der Finanzdienstleis-

tungsbranche erfordern eine erhöhte Effektivität und Effizienz der Zusammenarbeit im Verbund.

Das Handeln der HASPA-Gruppe richtet sich insbesondere auf wirtschaftliche Stabilität, auf Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit sowie auf unternehmerische Unabhängigkeit aus. Dabei muss die HASPA-Gruppe ihr Kapital im Wettbewerb selbst erwirtschaften und es optimal einsetzen, um die wachsenden Eigenkapitalanforderungen dauerhaft aus eigener Kraft erfüllen zu können. Daneben ist die Reputation ein wichtiger Erfolgsfaktor. Unser Handeln zielt daher in besonderem Maße auf die Errichtung und den Erhalt nachhaltiger Geschäftsmodelle. Dies macht die HASPA zu einem verlässlichen Partner für Kunden, Mitarbeiter und die Region. Der erfolgreichen HASPA-Geschichte folgend, gehört eigenverantwortliches Handeln zum Grundverständnis. Hierbei gilt es ein ausgewogenes Maß zwischen HASPA-individuellen Konzepten und Verbund- sowie Standardlösungen zu finden. Individualität gilt es dort zu verfolgen, wo diese mit unmittelbarem wirtschaftlichen Nutzen verbunden ist. In Bereichen, in denen dies nicht gilt, wollen wir uns künftig stärker an Konzepten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) orientieren, um von der Zusammenarbeit mit anderen gegenseitig zu profitieren.

Die HASPA-Gruppe umfasst Unternehmen unterschiedlicher Geschäftsmodelle, Größe, Entwicklungsstände und Unternehmenskulturen. Ferner bestehen Mehrheits- und Minderheitsbeteiligungen, verbunden mit entsprechend unterschiedlich großen Einflussmöglichkeiten. Der stetige Wandel wird sukzessive durch die Fortentwicklung der HASPA-Gruppe und ihrer Einzelgesellschaften vollzogen. Für ein erfolgreiches Agieren der Gruppe und ihre Ausrichtung auf die übergreifenden gemeinsamen Ziele bedarf es einer gelungenen Mischung zwischen wichtigen unternehmerischen Freiheiten der Einzelgesellschaften einerseits und erforderlichen zentralen steuernden sowie auch verbindenden Instrumenten andererseits. Das Beteiligungs- und Risikomanagement der HASPA-Gruppe besteht daher aus jeweils individuell ausgestalteten Instrumenten auf Ebene der Einzelgesellschaften und einheitlichen gruppenübergreifenden Instrumenten.

Seit 2013 ist die HASPA Finanzholding Mehrheitsgesellschafterin der Sparkasse Mittelholstein AG. Die Sparkasse ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbands für Schleswig-Holstein und gehört innerhalb des Verbandsgebiets zu den mittelgroßen Häusern. Ihr Kerngeschäftsgebiet umfasst den Kreis Rendsburg-Eckernförde sowie die angrenzenden Kreise / Städte. Mit einem Marktanteil von rund 40 Prozent und einem weitreichenden Zweigstellennetz ist die Sparkasse im Wirtschaftsraum Rendsburg, der Stadt Büdelsdorf, der Region Nortorf-Felde und Hanerau-Hademarschen gut aufgestellt und stellt die Versorgung ihrer Kunden mit geld-, vermögensbildenden- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche sicher.

Die Grossmann & Berger GmbH, unsere in der Immobilienvermittlung und -beratung tätige Tochter, ist eines der führenden Maklerhäuser in der Metropolregion Hamburg mit zunehmenden überregionalen Aktivitäten an weiteren Standorten in Berlin und auf Sylt sowie über das im Jahr 2013 gegründete überregionale Netzwerk German Property Partners. Die Marke Grossmann & Berger genießt hohes Vertrauen und verfügt über eine starke Marktpräsenz. Das Dienstleistungsangebot umfasst die gesamte Bandbreite der Vermittlung großer Investmentobjekte, Zinshäuser, Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen, der Vermietung von Büro-, Industrie- und Handelsimmobilien, Wohnhäusern und Mietwohnungen sowie weiterer, immobilienbezogener Beratungsleistungen. Strategisch liegt der Fokus auf dem Erhalt und Ausbau der Marktposition bei anlassbezogener Prüfung von Wachstumspotenzialen in weiteren Geschäftsfeldern und Regionen. Kunden von Grossmann & Berger und der Hamburger Sparkasse AG können auf professionelle Immobiliendienstleistungen zurückgreifen und dabei von einer starken lokalen Verankerung sowie der zunehmenden Entwicklung überregionaler Expertise profitieren.

Die immobilienbezogenen Aktivitäten der HASPA-Gruppe werden durch weitere Tochtergesellschaften ergänzt. Die NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG, die NM Nord-IMMO Erste Immobilien GmbH, die Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH und die HASPA HanseGrund GmbH nutzen ihre regionale

Marktkenntnis zum zielgerichteten Ausbau der Marktposition in der Fremdverwaltung und der Weiterentwicklung ihres Bestands an Gewerbe- und Wohnimmobilien.

Die NM Nord-IMMO hält, verwaltet und entwickelt dabei die Gewerbeimmobilien innerhalb der HASPA-Gruppe, das Wohnungsunternehmen Fiefstücken die Wohnimmobilien. Die HASPA HanseGrund hat zum 1. Januar 2015 mit der Becken Verwaltungs GmbH fusioniert und bündelt die Immobilienverwaltungsaktivitäten am Markt. Durch die Fusion profitiert die Gesellschaft von der Einbindung in die Netzwerke des erweiterten Gesellschafterkreises. Die HASPA HanseGrund bietet Property-Management-Leistungen mit Vermietungsmanagement und technischem Hausmeisterservice für Gewerbe- und Wohnimmobilien sowie Wohnungseigentümergeinschaften an. Der Schwerpunkt der betreuten Immobilien liegt im Raum Hamburg, die Aktivitäten an überregionalen Gewerbestandorten werden selektiv ausgebaut. Auf diese Weise wird die am Markt wahrgenommene Immobilienkompetenz der HASPA-Gruppe erhöht.

In den letzten Jahren hat sich die auf Geld- und Werttransporte spezialisierte Logistiktochter HLS Hamburger Logistik Service GmbH von einem Haspa-internen Leistungserbringer zu einem am Markt wachsenden Unternehmen mit starker Verankerung in der Sparkassenorganisation gewandelt. Wesentlicher Meilenstein war hierbei die unternehmerische Beteiligung von sieben schleswig-holsteinischen Sparkassen an der HLS zum 1. Januar 2014 über den Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein. Die Übernahmen der Geld- und Wertelogistikprozesse der beteiligten Sparkassen werden im Laufe des Geschäftsjahres 2016 abgeschlossen.

Um den operativen Betrieb in Schleswig-Holstein wirtschaftlich abzubilden, wurde 2014 ein neues Geldlogistikzentrum verkehrsgünstig in Schacht-Audorf bei Rendsburg aufgebaut und 2015 der Standort Hamburg nach industriellem Vorbild erweitert und modernisiert. Auf Basis dieser effizienten Strukturen sollen – wie bereits in den Vorjahren – zahlreiche Neukunden für die HLS, insbesondere aus der Finanzdienstleistungs- und Einzelhandelsbranche,

gewonnen werden. Dabei wird der Fokus der Vertriebsaktivitäten – neben dem etablierten Geschäftsgebiet Hamburg – bereits aktiv auf das Marktgebiet Schleswig-Holstein gerichtet. Langfristig wird eine Ausdehnung der Geschäftstätigkeit der HLS auf Geschäftsgebiete außerhalb Norddeutschlands unter Einbindung starker Kooperationspartner – analog der Expansion nach Schleswig-Holstein – in Betracht gezogen.

Die NRS Norddeutsche Retail-Service GmbH und die S-Servicepartner GmbH, der Back-Office-Dienstleister der Berliner Sparkasse, haben 2015 ihre Kräfte gebündelt. Die gemeinsam von der Landesbank Berlin Holding AG, der HASPA Finanzholding und dem SGVSH neu gegründete „S-Servicepartner Deutschland GmbH“ steht an der Spitze der neuen Unternehmensgruppe, die regionale Dienstleistungsgesellschaften unter der Marke „S-Servicepartner“ mit insgesamt mehr als 2.500 Mitarbeitern an bundesweit acht Standorten vereint. Die in „S-Servicepartner Norddeutschland GmbH“ umfirmierte NRS ist als bedeutender Dienstleister insbesondere für die Hamburger Sparkasse AG und Mehrheitsbeteiligung der HASPA Finanzholding weiterhin Teil der HASPA-Gruppe. Die S-Servicepartner-Gruppe positioniert sich als zentraler Marktfolge-Dienstleister in der Sparkassen-Finanzgruppe und bietet Services in den Bereichen Marktfolge Aktiv und Passiv, Zahlungsverkehr, Finanzen und Controlling, Kapitalmarktgeschäft, Personalservice, Dokumentenmanagement und Consulting an.

Die HASPA Finanzholding arbeitet auch im Rahmen ihres gruppenweiten Risikomanagements eng mit den Tochterunternehmen zusammen. Als Kompetenz-Center erbringt sie darüber hinaus umfangreiche Dienstleistungen insbesondere auf den Gebieten der steuerlichen, rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Beratung.

Geschäftsverlauf der HASPA-Gruppe

Entwicklung des Jahresüberschusses

Die HASPA-Gruppe konnte im Geschäftsjahr 2015 einen respektablen Konzern-Jahresüberschuss von knapp 73 Millionen Euro erzielen. Dieser ist im

Vorjahresvergleich durch günstigere Bewertungsaufwendungen für Beteiligungsbuchwertrisiken und ein etwas schlechteres Ergebnis aus assoziierten Unternehmen gekennzeichnet. Das Konzernergebnis und dessen Entwicklung werden im Wesentlichen durch die Ergebnisse der nachfolgend dargestellten Konzernunternehmen bestimmt.

Gute Vermögens- und Finanzlage

Die Konzern-Bilanzsumme ging gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Milliarden Euro auf 45,4 Milliarden Euro zurück. Der Rückgang resultiert aus der Entkonsolidierung der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, die seit dem 1. Januar 2015 als assoziiertes Unternehmen einbezogen wird. Um diesen Effekt bereinigt, ergibt sich ein Bilanzsummenwachstum, das insbesondere auf die Zunahme der Kundenverbindlichkeiten und eine Ausweitung der Wertpapieranlagen sowie Kundenforderungen bei der Hamburger Sparkasse AG zurückzuführen ist.

Die Eigenkapital-Ausstattung der HASPA-Gruppe erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr auf 4.224 Millionen Euro hartes Kernkapital bzw. 4.365 Millionen Euro Eigenmittel. Dem stehen nach den europäischen Regelungen der Capital Requirements Regulation (CRR) ermittelte risikogewichtete Aktiva von 30.088 Millionen Euro gegenüber, so dass sich mit einer harten Kernkapitalquote von 14,04 Prozent und einer Gesamtkapitalquote von 14,51 Prozent eine im Vorjahresvergleich weiter verbesserte Kapitalausstattung ergibt.

Unsere Kapitalausstattung ist somit weiterhin eine gute Grundlage für eine gesellschaftsrechtlich unabhängige Entwicklung der HASPA-Gruppe.

Die Liquiditätslage der HASPA-Gruppe, die sich auch in der Kapitalflussrechnung widerspiegelt, ist vor dem Hintergrund der Refinanzierungs- und Anlagestruktur bei einem hohen Bestand an Passivmitteln aus dem Kundengeschäft der Institute als komfortabel zu bezeichnen. Als Liquiditätsreserve werden hochliquide Wertpapiere gehalten. Zudem tritt die Hamburger Sparkasse AG aufgrund ihrer guten Mittelausstattung am Bankenmarkt weiterhin primär als Geldgeber auf.

Entwicklung konsolidierter Unternehmen der HASPA-Gruppe

Hamburger Sparkasse AG – Jahresergebnis in einem weiter herausfordernden Umfeld auf Vorjahresniveau

Bei der Hamburger Sparkasse AG werden gestiegene Aufwendungen, die insbesondere aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase resultieren, durch höhere Erträge überkompensiert. Nach einem leicht ungünstigeren Bewertungsergebnis sowie erhöhtem Steueraufwand entspricht das Jahresergebnis mit 80 Millionen Euro dem Vorjahreswert.

Der Zinsüberschuss lag mit 745 Millionen um 10 Prozent über dem Vorjahresniveau und auch über den Erwartungen. Trotz Belastungen aus dem Niedrigzinsumfeld konnten im Kundengeschäft die Zinsüberschussbeiträge durch ausgeweitete Bestände leicht gesteigert werden. Bei weiterhin konservativer Risikoprüfung legten auch die Beiträge aus der Fristentransformation und der Eigenanlage zu. Daneben ergaben sich Sondereffekte aus der Realisierung von Kursgewinnen in Spezialfonds sowie aus erhöhter Beteiligungsaus-schüttung im Zusammenhang mit einer Anteilsveräußerung der Sparkassen-Finanzgruppe an einem Kreditkartenanbieter.

Der Provisionsüberschuss nahm um 15 Millionen Euro auf 278 Millionen Euro zu, blieb allerdings hinter der erwarteten Zunahme zurück. Der Anstieg resultiert insbesondere aus Provisionen im Wertpapier-, im Darlehens- sowie im Versicherungsgeschäft. Die Provisionen für Girokontoführung und Zahlungsverkehr, die den größten Anteil der Provisionen darstellen, sind hingegen leicht rückläufig gewesen.

Der Personalaufwand erhöhte sich um 15 Millionen Euro auf 360 Millionen Euro. Der zu Mitte des Jahres erfolgten Tarifierung steht eine durchschnittliche Mitarbeiteranzahl gegenüber, die wie erwartet unter dem Vorjahr gelegen hat. Während das Vorjahr von versicherungsmathematischen Effekten für die Altersvorsorge unserer Mitarbeiter profitierte, wirkten diese in 2015 belastend auf den Personalaufwand. Die anderen Verwaltungsaufwendungen und die Abschrei-

bungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen bewegten sich mit insgesamt 327 Millionen Euro auf dem Niveau des Vorjahres.

Das sonstige betriebliche Ergebnis liegt mit minus 92 Millionen Euro deutlich unterhalb des Vorjahreswerts. Belastend wirkten sich hier insbesondere die höheren Aufwendungen aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen infolge des niedrigen Zinsniveaus aus. Hingegen schlug sich die Entwicklung des Devisenergebnisses positiv nieder.

Die Ansätze der Hamburger Sparkasse AG im Bewertungsergebnis sind – wie im Vorjahr – als konservativ zu bezeichnen. So werden die Wertpapier-Eigenanlagen nach wie vor ausschließlich nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Beachtung des Wertaufholungsgebots bewertet. Insbesondere durch die konservative Bewertung ergab sich ein ungünstigeres Bewertungsergebnis Wertpapiere als im Vorjahr. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft hat sich gegenüber dem Vorjahr etwas erhöht, bewegt sich jedoch weiterhin auf einem sehr günstigen Niveau. Daneben ist ein wesentlicher Teil des Bewertungsergebnisses auf eine Vorsorge für künftige mögliche Risiken oder Anforderungen in den Folgejahren zurückzuführen. Insgesamt ist das Bewertungsergebnis ungünstiger als im Vorjahr, jedoch – insbesondere infolge der weiterhin günstigen Entwicklung im Kreditgeschäft – besser als erwartet.

Nach einem höheren Steueraufwand von 101 Millionen Euro verbleibt wie geplant ein Jahresergebnis von 80 Millionen Euro, das aufgrund des bestehenden Unternehmensvertrags an die HASPA Finanzholding abgeführt wird.

Sparkasse Mittelholstein AG trotz schwierigen Umfelds mit leicht verbessertem Jahresergebnis

Auf Basis eines erfreulichen Neugeschäfts hat sich das Jahresergebnis der Sparkasse Mittelholstein AG auf 2,6 Millionen Euro (Vorjahreswert 2,5 Millionen Euro) leicht verbessert. Mit einem Anstieg von rund 3,5 Millionen Euro bzw. 10,3 Prozent lag der Zinsüberschuss bei nun 37,1 Millionen Euro deutlich über dem Vorjahresniveau. Bei anhaltender Niedrigzinssituation

sind die Zinsaufwendungen stärker als die Zinserträge gesunken, was auch durch einen geänderten GuV-Ausweis der Zinsaufwendungen für die Aufzinsung von Rückstellungen für Altersvorsorgeverpflichtungen unterstützt wurde. Das Provisionsergebnis stieg leicht um 0,4 Millionen Euro auf 11 Millionen Euro.

Die Verwaltungsaufwendungen haben sich um 0,7 Millionen Euro auf 35,2 Millionen Euro erhöht. Ausschlaggebend hierfür ist der um 2,8 Prozent bzw. 0,6 Millionen Euro auf 22,1 Millionen Euro gestiegene Personalaufwand. Im Rahmen der erfolgreich durchgeführten Neugestaltung der betrieblichen Altersversorgung in Richtung eines beitragsorientierten Modells haben 98 Prozent der aktiven Mitarbeiter der Sparkasse die Kapitalisierung ihrer Ansprüche und Anwartschaften auf Leistungen aus Direktzusagen in Anspruch genommen. Damit hat sich die Zuführung zu den Rückstellungen für Pensionsanwartschaften (minus 1,3 Millionen Euro) deutlich reduziert. Gleichzeitig ergaben sich Einmalaufwände aus geleisteten Kapitalisierungszahlungen, die in Summe zu dem leichten Anstieg des Personalaufwands führten. Die anderen Verwaltungsaufwendungen verzeichnen lediglich einen geringfügigen Anstieg um 0,9 Prozent auf 13,1 Millionen Euro.

Das sonstige betriebliche Ergebnis verschlechterte sich um 1,2 Millionen Euro auf minus 1,8 Millionen Euro. Dies ist im Wesentlichen auf einen veränderten GuV-Ausweis im Zusammenhang mit der betrieblichen Altersversorgung zurückzuführen.

Das Bewertungsergebnis liegt mit minus 3,8 Millionen Euro über dem Vorjahreswert. Trotz dieser Steigerung konnte das Betriebsergebnis nach Bewertung um rund 1,5 Millionen Euro ausgebaut werden. Es fällt damit günstiger aus als erwartet.

Für das Geschäftsjahr 2016 erwartet die Sparkasse ein moderat steigendes Betriebsergebnis vor Bewertung.

S-Servicepartner Norddeutschland GmbH: Ergebnis durch Kapazitätsanpassungen belastet

Die S-Servicepartner Norddeutschland mit ihren Tochterunternehmen Kredit-Service-Center GmbH und

S-Servicepartner Consulting GmbH erbringt als Teil der neuen S-Servicepartner-Gruppe Backoffice-Dienstleistungen für Kreditinstitute in den Bereichen Marktfolge (Kreditservice und Marktservice für Einlagen und Dienstleistungen), Dokumentenmanagement (Digitalisierung), Consulting (Prozessoptimierungen und Optimierung von Geschäftsprozessen) sowie Finanzen und Controlling.

Die Umsatzerlöse der S-Servicepartner Norddeutschland und ihrer Töchter liegen mit 58,2 Millionen Euro unter dem Vorjahr, in dem teilweise noch Erlöse aus der zwischenzeitlich weitgehend beendeten Geschäftsbeziehung mit der Sparkasse Südholstein enthalten waren. Die laufende Optimierung der Produktion sowie die kontinuierliche Verbesserung der Produktivität führen auch zu einem Rückgang der benötigten Kapazitäten und werden zu Aufwendungen für Personalmaßnahmen führen. Hierfür sind im Jahresabschluss 2015 Rückstellungen gebildet worden. Im Ergebnis wird wie erwartet ein Fehlbetrag ausgewiesen, der auf Basis eines im Jahr 2015 geschlossenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags vollständig von der HASPA Finanzholding ausgeglichen wird. Der Verlustübernahme in Höhe von 11,7 Millionen Euro stehen auf Ebene der HASPA Finanzholding Erträge aus Maßnahmen zur Reduktion des Eigenkapitals bei der S-Servicepartner Norddeutschland gegenüber.

Für das Geschäftsjahr 2016 wird noch ein leicht negatives Ergebnis erwartet.

Grossmann & Berger GmbH mit positiver Ergebnisentwicklung

Die Grossmann & Berger GmbH hat wie auch im Vorjahr im Jahr 2015 von der positiven Entwicklung am Hamburger Wohnimmobilienmarkt profitiert. Eine ausgeprägte, vom weiter niedrigen Zinsniveau beflügelte Nachfrage und ein knappes Objektangebot führten zu einem nochmaligen Anstieg der Preise. Des Weiteren konnte Grossmann & Berger auch von einer positiven Marktentwicklung bei Gewerbeimmobilien profitieren, trotz eines zunehmenden Wettbewerbs – insbesondere auch im Rahmen der fortschreitenden Internationalisierung der Marktteilnehmer im Investmentgeschäft. Auch der Standort Berlin kann

auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken und verzeichnete ein deutliches Umsatz- und Ergebniswachstum gegenüber dem Vorjahr.

Im Jahr 2015 hat Grossmann & Berger Umsatzerlöse in Höhe von 31,7 Millionen Euro sowie einen Jahresüberschuss von rund 6,5 Millionen Euro erzielt. Sowohl das Umsatz- als auch das Gewinnniveau liegen deutlich über den Vorjahres- und Planwerten. Die HASPA Finanzholding vereinnahmt den auf sie entfallenden Teil des Jahresüberschusses phasengleich. Für das kommende Geschäftsjahr wird mit einem leicht geringeren Ergebnis gerechnet.

NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG mit positivem Ergebnis

Die Nord-IMMO verwaltet eigene Gewerbeimmobilien und entwickelt diese fortgehend weiter. Das Geschäftsjahr 2015 wurde infolge von Einmaleffekten mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1 Million Euro über den Erwartungen und deutlich über dem Vorjahresergebnis abgeschlossen. Für das kommende Geschäftsjahr wird mit einem geringeren Ergebnis gerechnet.

NM Nord-IMMO Erste Immobilien GmbH mit ersten Investitionen

Die 2013 gegründete Nord-IMMO Erste hat 2015 erste Investitionen in drei Gewerbeimmobilien in Hamburg getätigt. Das Geschäftsjahr wurde plangemäß mit einem leichten Jahresüberschuss beendet. Für das kommende Jahr erwartet die Geschäftsführung wiederum ein leicht positives Ergebnis.

Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH mit erfreulichem Jahresergebnis

Das Wohnungsunternehmen Fiefstücken hält und verwaltet das Wohnungsportfolio der HASPA-Gruppe. Im vergangenen Jahr hat die Gesellschaft ein weiteres Objekt erworben. Das Unternehmen konnte das Geschäftsjahr 2015 aufgrund von Einmaleffekten mit einem erfreulichen Jahresüberschuss in Höhe von 0,9 Millionen Euro deutlich über dem erwarteten Ergebnis sowie dem Vorjahresergebnis abschließen. Für das kommende Geschäftsjahr erwartet die Geschäftsführung einen geringeren Jahresüberschuss.

Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Jahres 2015 sind über die bereits dargestellten Entwicklungen hinaus keine weiteren Ereignisse eingetreten, die für die HASPA-Gruppe von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Beurteilung der Unternehmensgruppe führen könnten.

Risikobericht

Risikomanagementziele und Organisation

Das verantwortungsbewusste Eingehen von mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken ist integraler Bestandteil der Marktaktivitäten der HASPA-Gruppe. Das Risikomanagement in der HASPA-Gruppe zeichnet sich durch ein System zentraler und dezentraler Bestandteile aus. Das zentrale Risikomanagement wird zum einen durch das konzernweite, differenzierte Beteiligungsmanagement der HASPA Finanzholding realisiert. In einer betriebswirtschaftlichen Orientierung steht hierbei insbesondere das frühzeitige Erkennen von Chancen und Risiken im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Beteiligungsunternehmen im Vordergrund, wobei sich die konkrete Ausgestaltung unter anderem nach der jeweiligen Bedeutung für die Gruppe richtet.

Zum anderen wird das konzernweite Beteiligungsmanagement um das Risikomanagement im aufsichtsrechtlichen Sinne ergänzt, das sich insbesondere an den Anforderungen der MaRisk orientiert. Dazu gehört eine auf der Geschäftsstrategie aufbauende Risikostrategie für die HASPA-Gruppe, die im Kern ein hanseatisch konservatives Risikoverständnis dokumentiert. Im Vordergrund steht hierbei die Sicherung des langfristigen Erhalts der Sparkassenidee durch die HASPA Finanzholding. Strategisches Ziel der Risikosteuerung ist es, die Risikotragfähigkeit der betriebenen Geschäfte langfristig abzusichern, die gruppenbezogenen aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen zu erfüllen und die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sicherzustellen.

Verantwortlich für das gruppenweite Risikomanagement ist der Vorstand der HASPA Finanzholding. Dieser hat die organisatorischen Rahmenbedingungen für das

Risikomanagement festgelegt. Die aufsichtsrechtliche Gruppenrisikomanagementfunktion wird im Unternehmensbereich Finanzen wahrgenommen, wobei gruppenangehörige Unternehmen operativ unterstützend tätig sind. Die Mitarbeiter der Risikomanagementfunktion haben alle notwendigen Befugnisse und einen uneingeschränkten Zugang zu allen Informationen, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Der im Unternehmensbereich Finanzen erstellte Bericht zur Ertrags- und Risikolage wird quartalsweise dem Vorstand vorgelegt. Der Bericht beinhaltet insbesondere die Erfolgsvorschau und die Vorschau der Beteiligungserträge der HASPA Finanzholding für das aktuelle Geschäftsjahr sowie die dem Risikomanagement auf Gruppenebene zugrunde liegenden Risikokennzahlen. Eine Erörterung der Ertrags- und Risikolage mit dem Vorstand erfolgt quartalsweise im Rahmen von dessen Sitzungen. Zwischen den Quartalsberichten wird der Vorstand bei wesentlichen Ereignissen ad hoc informiert. Die Berichterstattung an den Vorstand dient gleichzeitig als Basis für die regelmäßige bzw. anlassbezogene Information der Aufsichtsgremien.

Neben dem zentralen Risikomanagement bestehen in den einzelnen Gruppenunternehmen dezentral Risikomanagementsysteme, über deren wesentliche Ergebnisse der HASPA Finanzholding regelmäßig berichtet wird. Die konkrete Ausgestaltung des Risikomanagements in den Gruppenunternehmen richtet sich nach Art, Umfang und Komplexität ihrer jeweiligen Geschäftstätigkeit sowie etwaigen spezialgesetzlichen Anforderungen. Die Steuerung einzelner Risikoarten in Form einer aktiven Risikolage bzw. -reduktion erfolgt dezentral in den Unternehmen der HASPA-Gruppe – einschließlich der HASPA Finanzholding selbst – unter Beachtung der gruppenweiten Risikostrategie sowie des Limitsystems. Dementsprechend wird die Verantwortung für die Risikoartensteuerung dezentral im Rahmen der vorgegebenen Unternehmenslimits wahrgenommen.

Gleichzeitig erfolgt auch auf Ebene der Gruppenunternehmen eine Identifizierung und Nutzung von Chancen hinsichtlich der Entwicklung der geschäftlichen Aktivitäten. Die Institute der HASPA-Gruppe analysieren Entwicklungschancen regelmäßig auch im

Rahmen der Strategieprozesse. Die Fortentwicklung der bankspezifischen Produkte sowie das Vertriebsmanagement werden von den Instituten auf dezentraler Basis verantwortet. Zudem werden Chancen im Hinblick auf eine Ertragsoptimierung bei der Allokation der Kapitalanlagen berücksichtigt. Auch bei den weiteren Gesellschaften der HASPA-Gruppe obliegt die Identifizierung und Umsetzung geschäftlicher Chancen zunächst den Beteiligungsunternehmen auf dezentraler Ebene, wobei stets der insbesondere durch die Geschäfts- und die Risikostrategie der HASPA Finanzholding auf Gruppenebene bestehende strategische Rahmen zu berücksichtigen ist. Begleitet und ergänzt wird dieses Chancenmanagement durch das konzernweite Beteiligungsmanagement der HASPA Finanzholding gemäß dem jeweils verfolgten Steuerungskonzept.

Die Konzernrevision ist Teil des vom Vorstand der HASPA Finanzholding eingerichteten Risikomanagements der HASPA-Gruppe. Sie nimmt ihre Aufgaben im Auftrag des Vorstands selbstständig und unabhängig wahr und beurteilt die Wirksamkeit des gruppenweiten Risikomanagements und des internen Kontrollsystems sowie die Ordnungsmäßigkeit der Prozesse und Aktivitäten auf Basis einer risikoorientierten Prüfungsplanung. Darüber hinaus berichtet die Konzernrevision dem Vorstand über die Prüfungsergebnisse der internen Revisionen der wesentlichen Gruppenunternehmen.

Konzernweites Beteiligungsmanagement

In der HASPA Finanzholding erfolgt eine Betrachtung von Chancen und Risiken mithilfe des konzernweiten Beteiligungsmanagements auf der Grundlage vereinheitlichter Planungs- und Berichtsprozesse.

Neben den gruppenübergreifenden Prozessen richtet sich auf Ebene der Einzelgesellschaften die konkrete Ausgestaltung ihrer Betreuung im Beteiligungsmanagement nach ihrer Bedeutung für die Gruppe und der jeweiligen Situation der Einzelgesellschaft (Handlungsmöglichkeiten oder -bedarf unter Berücksichtigung der Auswirkungen und Relevanz für den Erfolg der Gruppe). Die Umsetzungsbegleitung wird bedarfsweise durch die Vorbereitung von Mandatsträgern in Aufsichtsgremien und den direkten

Austausch mit Geschäftsleitung und Führungskräften der Beteiligungsunternehmen bis hin zu umfangreicher, gemeinsamer Projektarbeit sichergestellt.

Als mit Abstand bedeutendste Beteiligung und wesentliche Geschäftsaktivität der Gruppe wird die Hamburger Sparkasse AG demgegenüber unmittelbar durch Doppelmandate im Vorstand der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse gesteuert. Zusätzlich bestehen hier auch in den jeweiligen Aufsichtsgremien Doppelmandate, die für eine enge Begleitung und Vernetzung sorgen.

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie der HASPA Finanzholding bilden den Rahmen für die dezentralen Geschäftsaktivitäten in den jeweiligen Gruppenunternehmen. Eine weitere Operationalisierung erfolgt insbesondere in den Strategien der Gruppenunternehmen.

Der regelmäßige Berichtsprozess im Rahmen des Beteiligungsmanagements der HASPA Finanzholding besteht im Wesentlichen aus zwei Komponenten. Zunächst werden in einem jährlichen Prozess durch das Management des jeweiligen Beteiligungsunternehmens – unter Einbindung des Aufsichtsorgans mit bedarfsgerechter Unterstützung durch das Beteiligungsmanagement – unter Berücksichtigung der strategischen Unternehmensziele operationalisierende Budget- und Mittelfristplanungen abgeleitet. Auf dieser Basis werden von den Beteiligungsunternehmen in einer quartalsweisen Betrachtung die laufenden Berichtszahlen den Plan- bzw. letzten Vorschau-Zahlen gegenübergestellt und ggf. Steuerungsmaßnahmen entwickelt.

Die quartalsweisen Betrachtungen fließen ein in die Erfolgsvorschau der HASPA Finanzholding, die das Geschäftsjahresergebnis prognostiziert und darüber hinaus gegen Jahresende in eine mehrjährige Planung mündet. Sowohl die quartalsweisen Erfolgsvorschauen wie auch die (Mittelfrist-)Planungen gibt der Vorstand regelmäßig dem Verwaltungsrat zur Kenntnis.

Ergänzend zu der regelmäßigen Berichterstattung unterliegen Angelegenheiten von besonderer

Bedeutung hinsichtlich der Beteiligungsunternehmen einer Ad-hoc-Berichterstattung.

Im Rahmen des Berichtsprozesses sollen möglichst frühzeitige und systematische Erkenntnisse zur Ergebnislage und zu etwaigen Fehlentwicklungen generiert werden, die die Basis für die Erörterung zwischen der HASPA Finanzholding und den Beteiligungsunternehmen bilden können.

Risikomessung und -steuerung: Risikotragfähigkeitskonzept

Die in das laufende Risikomanagement im Sinne der MaRisk einzubeziehenden Unternehmen der HASPA-Gruppe (Risikomanagementgruppe) werden regelmäßig mithilfe quantitativer und qualitativer Kriterien bestimmt. In diesem Rahmen werden die auf Basis der strategischen Ausrichtung der HASPA-Gruppe eingegangenen und über eine jährliche bzw. anlassbezogene Risikoinventur identifizierten wesentlichen Risiken einbezogen und regelmäßig überwacht. Auf Gruppenebene umfasst die Risikotragfähigkeitsrechnung die Adressenausfall-, Beteiligungs-, Marktpreis-, Zins- und operationellen Risiken. Die ebenfalls als wesentlich identifizierten Liquiditätsrisiken können aufgrund ihrer Eigenart nicht sinnvoll durch zusätzliche Risikodeckungsmasse begrenzt werden, weshalb sie derzeit nicht in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogen werden. Das Liquiditätsrisiko wird jedoch im Rahmen der übrigen Risikosteuerungs- und -überwachungsinstrumente ausreichend berücksichtigt. Die Befassung mit dem Geschäftsrisiko der HASPA-Gruppe erfolgt im Rahmen des Risikomanagements auf Basis von Risikoindikatoren, die mithilfe von Schwellenwerten bzw. spezifischen Benchmarks beurteilt werden. Daneben ist die Steuerung des Geschäftsrisikos weiterhin in der regelmäßigen Erörterung der Ertragslage verankert.

Die wesentlichen Risiken und die Deckungsmasse werden in einer monatlichen Risikotragfähigkeitsrechnung einander gegenübergestellt. Dadurch wird sichergestellt, dass alle wesentlichen Risiken durch das zur Deckung potenzieller Verluste verfügbare Kapital laufend abgedeckt sind. Die Risikodeckungsmasse der HASPA-Gruppe besteht im Wesentlichen aus der Sicherheitsrücklage der HASPA Finanzholding,

den Reserven nach § 340f und § 340g HGB, den Gewinnrücklagen sowie dem Barwert des Zinsbuchs und den stillen Reserven der Wertpapiere der Hamburger Sparkasse AG.

Soweit möglich erfolgt die Risikomessung barwertig mit geeigneten Value-at-Risk-Modellen auf einem einheitlichen Konfidenzniveau von 99 Prozent. Für die jeweils unterstellten Haltedauern der Risikopositionen sind die zugehörigen Steuerungsprozesse ausschlaggebend. Im Grundsatz gilt, dass die Risikotragfähigkeitsrechnung für einen Risikohorizont von einem Jahr erstellt wird und daher für die einzelnen Risikoarten eine entsprechende Haltedauer gewählt wird. Für Risikoarten, bei denen aufgrund der implementierten Prozesse auch sehr kurzfristig Steuerungsentscheidungen zur Risikoanpassung getroffen werden können, werden die Haltedauern kürzer gewählt, um eine Überzeichnung des Risikos zu vermeiden. Derzeit werden kürzere Haltedauern ausschließlich für die Quantifizierung der Marktpreis- und Zinsrisiken bei der Hamburger Sparkasse AG angesetzt. Um eine Kumulation der eingetretenen Risiken auf Jahressicht zu begrenzen, werden für diese Risikoarten entsprechende Verlustlimite eingerichtet. Bei der Aggregation der Risiken der HASPA-Gruppe werden keine risikoreduzierenden Wechselwirkungen zwischen den Risikoarten unterstellt, d. h., es wird ein konservativer Ansatz gewählt.

Der Vorstand der HASPA Finanzholding legt mindestens einmal jährlich oder anlassbezogen unter Berücksichtigung des Gesamtrisikoprofils und der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse ein Gesamtrisikolimit für die Gruppe fest. Hierbei gilt die Bedingung, dass die verbleibende Risikodeckungsmasse zur Unterlegung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen ausreicht (regulatorische Nebenbedingung). Dadurch wird verhindert, dass aufsichtsrechtlich gebundene Eigenkapitalbestandteile auch zur Abdeckung der Risikopotenziale im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung herangezogen werden. Die HASPA-Gruppe verfolgt damit einen Going-Concern-Ansatz.

Auf Basis des festgelegten Gesamtrisikolimits der Gruppe und der Erfordernisse des jeweiligen Geschäftsbetriebs, der vorliegenden Geschäftsplanungen sowie der identifizierten wesentlichen Risiken werden Risikolimits für die einzelnen Unternehmen der Risikomanagementgruppe abgeleitet. Die Auslastung von Verlustlimiten wird auf das unternehmensbezogene Limit und somit auch auf das festgelegte Gesamtrisikolimit angerechnet. Zur Überwachung der Limite wird ein Ampelsystem eingesetzt, das beim Überschreiten von bestimmten Schwellenwerten eine Ad-hoc-Berichterstattung an den Vorstand sowie grundsätzlich eine Befassung mit möglichen Steuerungsmaßnahmen auslöst.

Zur dauerhaften Sicherstellung der Risikotragfähigkeit der HASPA-Gruppe wird über die Einhaltung des Gesamtrisikolimits hinaus freie Risikodeckungsmasse in angemessener Höhe vorgehalten.

Die auf monatlicher Basis vorgenommene Risikotragfähigkeitsrechnung zeigte per 31. Dezember 2015 eine Limitauslastung von 49,8 Prozent (Vorjahr 52,2 Prozent). Die Verteilung der Limitauslastung auf die Risikoarten stellte sich dabei wie folgt dar:

	31.12.2015	31.12.2014
Adressenausfallrisiko	27,7 %	27,0 %
Beteiligungsrisiko	10,1 %	9,2 %
Marktpreisrisiko	29,2 %	28,5 %
Zinsrisiko	12,7 %	13,8 %
Operationelles Risiko	20,3 %	21,3 %

Über die gruppenweite Risikotragfähigkeitsrechnung hinaus bestehen Kernrisikoindikatoren und Risikotoleranzen sowie weitere Risikoindikatoren und Benchmarks, die sich insbesondere auf die regulatorische und ökonomische Kapitalausstattung, das DSGVO-Risikomonitoring, Liquiditäts-, Adressenausfall- und operationelle Risiken sowie das Geschäftsrisiko beziehen. Die Überwachung der Kernrisikoindikatoren und der weiteren Risikoindikatoren erfolgt grundsätzlich in einem quartalsweisen Turnus. Bei einer Überschreitung der Risikotoleranzen erfolgt eine Information des Vorstands, der über die Einleitung von möglichen Steuerungsmaßnahmen entscheidet. Die festgelegten Risikotoleranzen wurden im Jahr

2015 nur in Einzelfällen überschritten. Die Sachverhalte wurden jeweils analysiert und mit dem Vorstand erörtert. Eine wesentliche Beeinträchtigung der Risikolage auf Gruppenebene lag in keinem der Fälle vor.

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Sanierungsplanung der HASPA-Gruppe, die 2015 erstmalig vorzunehmen war, wurden für einzelne Kernrisikoidikatoren sowie die Risikotragfähigkeitsrechnung zusätzlich Sanierungsschwellen definiert. Die Ermittlung der Indikatorenausprägungen erfolgt ebenfalls grundsätzlich in einem quartalsweisen Turnus, sofern nicht bei regulatorischen Kennziffern ein kürzerer Turnus vorgeschrieben ist. Bei einer etwaigen Überschreitung der festgelegten Schwellen erfolgt eine Ad-hoc-Berichterstattung an den Vorstand, der über einen Wechsel in die Frühwarn- bzw. Sanierungsphase gemäß Sanierungsplan sowie die ggf. erforderliche Einleitung von Handlungsoptionen entscheidet.

Adressenausfallrisiko

Das Adressenausfallrisiko als für Retail-Bankkonzerne traditionell zentrale Risikoart ist auch in der HASPA-Gruppe von wesentlicher Bedeutung. Das Adressenausfallrisiko bezeichnet die Risiken aus Bonitätsveränderungen bis hin zur Insolvenz von Geschäftspartnern. Es beinhaltet sowohl Risiken aus dem klassischen Kreditgeschäft (Kreditrisiko) als auch aus dem Handelsgeschäft (Kontrahenten- und Emittentenrisiken). Dabei setzt sich der mögliche Verlust aus zwei Komponenten zusammen: dem erwarteten und dem unerwarteten Verlust aus mit Adressenausfallrisiken behafteten Positionen. Der erwartete Verlust ergibt sich aus der Bonitätsstruktur des risikobehafteten Portfolios und wird über Ratings und Ausfallwahrscheinlichkeiten berechnet. Er spiegelt die im langfristigen Mittel jährlich zu erwartenden Abschreibungen und Wertberichtigungen wider. Dieser Verlusterwartung wird im Rahmen der Risikovorsorge Rechnung getragen, so dass sich für das barwertige Gesamtrisiko der HASPA-Gruppe keine weitere Berücksichtigung ergibt. Der unerwartete Verlust stellt das Adressenausfallrisiko im engeren Sinne dar und wird als Credit-Value-at-Risk im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung der HASPA-Gruppe quantifiziert.

Der Credit-Value-at-Risk ist das Ergebnis aus der Simulation im Kreditportfoliomodell zum 99-Prozent-Konfidenzniveau. Die Simulation erfolgt mithilfe der Anwendung Credit Portfolio View der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH. Die Simulationen beziehen sich jeweils auf die Gesamtportfolios der relevanten Unternehmen der Risikomanagementgruppe mit einem Risikohorizont von einem Jahr. Zum Stichtag 31. Dezember 2015 betrug das Risikopotenzial in Summe 220,2 Millionen Euro (Vorjahr 216,5 Millionen Euro). Der leichte Anstieg ist insbesondere auf die Ausweitung der Kapitalanlagen zurückzuführen.

Der wesentliche Teil des Adressenausfallrisikos entfällt auf die Hamburger Sparkasse AG. Das Adressenausfallrisiko ist hier gekennzeichnet durch das Kreditgeschäft mit privaten Kunden, Firmen-, Unternehmens- und Immobilienkunden. Das Kundenkreditportfolio ist breit gestreut und in großen Teilen grundpfandrechtlich besichert. Der Schwerpunkt des Kundenkreditgeschäfts der Sparkasse Mittelholstein AG liegt ebenfalls im Geschäft mit Privatkunden, mittelständischen Firmenkunden und Selbstständigen.

Die Kreditrisikonahme im Kundengeschäft erfolgt innerhalb des Geschäftsgebiets der HASPA-Gruppe mit Schwerpunkt auf der Metropolregion Hamburg. Die hieraus entstehende regionale Risikokonzentration wird bewusst eingegangen und steht im Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie der HASPA-Gruppe sowie den Satzungen der Unternehmen der Risikomanagementgruppe. Nicht zuletzt aufgrund des hohen Bestands an grundpfandrechtlich besicherten Krediten bei den Instituten der Risikomanagementgruppe besteht zudem eine Risikokonzentration bei immobilienbezogenen Geschäften. Auch hier profitiert die HASPA-Gruppe von Informationsvorteilen aufgrund der lokalen Marktkenntnis und geht die Risikokonzentration bewusst ein.

Zur Bonitätsbeurteilung der einzelnen Kreditengagements werden in der HASPA-Gruppe die gemeinsam in der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Ratingverfahren genutzt. Die Bildung von Risikovorsorge erfolgt in den Instituten der Risikomanagementgruppe nach jeweils festgelegten Kriterien. Insgesamt sind die Kreditrisiken über eine angemessene Risikovorsorge abgedeckt.

Den Emittenten- und Kontrahentenausfallrisiken in den Wertpapieranlagen und im Bankenhandel der Hamburger Sparkasse AG wird durch eine grundsätzliche Beschränkung auf Handelspartner erstklassiger Bonität sowie durch ein breit diversifiziertes Portfolio und ein dezidiertes Limitsystem begegnet. Durch den hohen Bestand der Besicherung im Handelsgeschäft wird das Ausfallrisiko zusätzlich begrenzt. Die Sparkasse Mittelholstein AG hat ihre Emittenten- und Kontrahentenlimite für verzinsliche Wertpapiere und Termingelder auf der Basis von Nominalvolumen festgelegt. Neben den Limiten für die Einzelemittenten findet ein ratingbasiertes Struktur- und Volumenslimitsystem Berücksichtigung. Die HASPA Finanzholding legt ihre freie Liquidität – außer in Termingeldern bei der Hamburger Sparkasse AG – insbesondere in bonitätsmäßig einwandfreien Schuldverschreibungen deutscher öffentlicher Emittenten an.

Mit Blick auf die Länderrisiken liegen die Bruttoforderungen der Hamburger Sparkasse AG aufgrund der regionalen Ausrichtung als Retailbank grundsätzlich in Deutschland. Daneben bestehen in einem überschaubaren Rahmen Anlagen außerhalb Deutschlands, die überwiegend in europäischen Wertpapieren erfolgen. Die HASPA Finanzholding hält im Rahmen ihrer Finanzanlagen in einem indexorientierten Ansatz auch Positionen mit Schwerpunkten in Europa sowie den USA. Bei der Sparkasse Mittelholstein AG bestehen nur in geringem Umfang Engagements außerhalb Deutschlands.

Beteiligungsrisiko

Aufgrund von Rolle und Funktion der HASPA Finanzholding sowie der damit verbundenen besonderen Bedeutung des Beteiligungsrisikos für das Risikomanagement der HASPA-Gruppe wird diese Risikoart als wesentliches Risiko im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung separat betrachtet.

Unter dem Beteiligungsrisiko wird das Risiko eines bilanziellen Verlustes aufgrund negativer Wertentwicklung im Beteiligungsportfolio der HASPA-Gruppe verstanden. Der Begriff Beteiligungen umfasst dabei sowohl offene als auch stille Beteiligungen der HASPA-Gruppe. Darüber hinaus werden durch die HASPA Finanzholding in Einzelfällen gewährte

Darlehen, die eher Beteiligungscharakter aufweisen bzw. in engem Zusammenhang mit Beteiligungen stehen, dem Beteiligungsrisiko zugeordnet.

Die Quantifizierung des Beteiligungsrisikos erfolgt durch die Anwendung eines adäquaten IRBA-Ansatzes in Anlehnung an die aufsichtsrechtlichen Vorgaben der CRR und ergänzend unter Berücksichtigung von Granularitätsanpassungen. Das Risikopotenzial zum 31. Dezember 2015 betrug 80,7 Millionen Euro (Vorjahr 73,8 Millionen Euro). Der Anstieg im Risikoausweis resultiert aus Umgliederungen von Unternehmensrisikopositionen aufgrund erfolgter Entkonsolidierung.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko umfasst die Gefahr von Verlusten durch die Veränderung von Marktpreisen wie beispielsweise Zinssätzen, Spreads, Aktien- sowie Devisenkursen und schließt auch die Veränderungen von Immobilienpreisen mit ein.

Die Hamburger Sparkasse AG steuert ihre Eigenanlagen im Wesentlichen über Spezialfonds und strebt ein unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten breit diversifiziertes Kapitalmarktportfolio an. Die Kapitalanlage der Sparkasse Mittelholstein AG besteht im Wesentlichen aus verzinslichen Wertpapieren mit einem hohen Anteil innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe sowie öffentlicher Schuldner. Ergänzend werden insbesondere Investmentfonds gehalten. Die nicht der kurzfristigen Liquiditätshaltung dienenden Kapitalanlagen der HASPA Finanzholding erfolgen mit Blick auf die Anlagerendite in einem längerfristig orientierten Spezialfonds, der Teil-Portfolios mit Aktien und mit Rententiteln enthält.

Das Marktpreisrisiko der Spezialfonds der Gruppenunternehmen wird grundsätzlich über ein Portfolio-modell auf Basis eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes ermittelt. Hierbei erfolgt eine Aggregation der Risiken der einzelnen Vermögensklassen zu einem Portfoliorisiko unter Berücksichtigung von Korrelationen. Basis der Risikoermittlung sind historische Zeitreihen von Referenzindizes, die den einzelnen Vermögensklassen zugeordnet werden. Mit Ausnahme gesondert betrachteter Zinsrisiken bei Anleihen der Sparkasse

Mittelholstein AG werden sämtliche relevante Ausprägungen des Marktpreisrisikos berücksichtigt. In Abhängigkeit von der konkreten Allokation der Spezialfonds beinhaltet das quantifizierte Risiko daher insbesondere neben den Spreadrisiken aus Anleihen auch Aktienrisiken, Immobilienrisiken sowie ggf. Risiken aus rohstoffabhängigen Geschäften und Währungsrisiken. Insbesondere Rohstoff- und Währungsrisiken werden in der HASPA-Gruppe jedoch nur in geringem Maße eingegangen. So sind die Investitionen in den Spezialfonds überwiegend wechsellkursgesichert, wobei in begrenztem Umfang bei der Hamburger Sparkasse offene Währungspositionen in US-Dollar eingegangen werden. Auch der weitestgehend kundeninduzierte Devisenhandel ist grundsätzlich durch geschlossene Währungspositionen geprägt.

Immobilienrisiken treten in der HASPA-Gruppe insbesondere im Rahmen der von der Hamburger Sparkasse gehaltenen Immobilienspezialfonds sowie den direkt gehaltenen Bestandsimmobilien der NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG, der NM Nord-IMMO Erste Immobilien GmbH sowie der Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH auf. Die Quantifizierung der Immobilienrisiken für Zwecke der Risikotragfähigkeitsrechnung auf Gruppenebene erfolgt auf Basis einer Expertenschätzung, die eine Normalverteilung der Wertveränderung von Immobilien und eine Volatilität unterstellt.

Für die Ermittlung des VaR wird beim Marktpreisrisiko ein Konfidenzniveau von 99 Prozent und in Abhängigkeit von den Steuerungsprozessen in den Gruppenunternehmen sowie der Liquidität der Assetklassen eine Haltedauer von einem Monat bis zu einem Jahr zugrunde gelegt. Das quantifizierte Risikopotenzial lag zum 31. Dezember 2015 bei insgesamt 232 Millionen Euro (Vorjahr 228,5 Millionen Euro). Die höheren Risiken sind im Wesentlichen auf Umschichtungen im Spezialfonds der HASPA Finanzholding zurückzuführen.

Zinsrisiko

Unter dem Zinsrisiko als Ausprägung des Marktpreisrisikos versteht man das potenzielle Verlustrisiko, welches durch eine Änderung der am Markt geltenden

Zinsstrukturkurve entstehen kann. Es resultiert aus dem Umfang der eingegangenen Fristentransformation im Aktiv- und Passivgeschäft.

Auch zur Ermittlung des Zinsrisikos wird die Value-at-Risk-Methode in Form einer historischen Simulation eingesetzt. Das Risiko wird auf einem Konfidenzniveau von 99 Prozent berechnet. Die unterstellte Haltedauer richtet sich dabei nach den in den jeweiligen Gruppenunternehmen implementierten Steuerungsprozessen und liegt zwischen einem Monat und einem Jahr. Für die Risikoquantifizierung werden sämtliche zinstragenden Aktiv- und Passivgeschäfte bzw. Bilanzpositionen in Cash Flows (Tilgungs- und Zins-Cash Flows) grundsätzlich gemäß ihrer tatsächlichen Zinsbindung aufgeteilt. Bei variablen Positionen mit unbestimmter Zins- oder Kapitalbindung werden die Cash Flows mittels Ablaufkationen ermittelt. Darlehen mit Kündigungsrechten gehen in den Cash Flow für Zwecke der VaR-Ermittlung mit den vereinbarten Zinsbindungen ein. Unter Berücksichtigung des kündbaren Darlehensvolumens und der geschätzten Ausübung der Kündigungsrechte wird für die Hamburger Sparkasse AG zudem ein Zahlungsstrom ermittelt, der den zu erwartenden Wegfall von Aktiv-Positionen durch Sondertilgungen abbildet. Der so ermittelte Cash Flow der Gruppenunternehmen bildet die Grundlage für den pro Unternehmen berechneten Value-at-Risk. Die Risikowerte werden anschließend additiv zum Zinsrisiko der HASPA-Gruppe aggregiert.

Das potenzielle Risiko betrug zum Jahresende insgesamt 101,1 Millionen Euro (Vorjahr 110,8 Millionen Euro). Der Rückgang im Risikoausweis resultiert aus einer Umgliederung bestimmter Unternehmensrisikopositionen, die nunmehr im Beteiligungsrisiko ausgewiesen werden.

Operationelles Risiko

Unter operationellen Risiken wird die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten, verstanden. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Die Quantifizierung des operationellen Risikos in der Risikotragfähigkeitsrechnung erfolgt anhand eines Indikators, der sich an den Bruttoerträgen der einzelnen Gruppenunternehmen orientiert (Basisindikatoransatz). Zum 31. Dezember 2015 beträgt der entsprechend ermittelte Risikowert 161,9 Millionen Euro (Vorjahr 170,9 Millionen Euro).

Darüber hinaus werden Schadensfälle, die aus operationellen Risiken resultieren, in der HASPA-Gruppe zentral in einer Schadensfalldatenbank erfasst und regelmäßig ausgewertet. Ergänzt wird die Erfassung operationeller Risiken zudem um die jährliche Selbsteinschätzung der Gruppenunternehmen zu verschiedenen Kategorien des operationellen Risikos.

Zur Vermeidung bzw. Verringerung von operationellen Risiken besteht auf Ebene der einzelnen Unternehmen der HASPA-Gruppe eine Vielzahl von Maßnahmen. Durch die jeweils implementierten internen Kontrollsysteme soll ein fehlerfreier und reibungsloser Geschäftsablauf sichergestellt werden. Die betrieblichen Abläufe sind in Dienstanweisungen geregelt und werden durch die Interne Revision des jeweiligen Gruppenunternehmens überwacht. Insbesondere in den Instituten liegen zudem differenzierte Notfallpläne für den IT-Bereich vor. Berechtigungssysteme sowie Kontroll- und Überwachungsprozesse gewährleisten den Schutz vertraulicher Informationen vor unberechtigten Zugriffen.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiken entstehen, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können oder wenn die Liquidität nur zu erhöhten Marktpreisen beschafft werden kann, wodurch sich der Zinsaufwand erhöht. Das Marktliquiditätsrisiko bezeichnet Engpässe an den Geld- und Kapitalmärkten, in deren Folge es nicht oder nur eingeschränkt möglich ist, zur Deckung eines Liquiditätsbedarfs Vermögenswerte zu veräußern bzw. dies nur mit Abschlägen vom Marktwert möglich ist.

In der HASPA-Gruppe ist das Liquiditätsmanagement dezentral organisiert. Die Übertragbarkeit von Geldern zwischen den relevanten Einheiten der

HASPA-Gruppe ist durch bestehende Geldhandelslinien und Prozesse gleichwohl gegeben. Aufgrund der besonderen Bedeutung der Institute für die Liquiditätslage der Gruppe konzentriert sich die Erfassung der Liquiditätsrisiken auf die Hamburger Sparkasse AG sowie die Sparkasse Mittelholstein AG.

Die Beurteilung der Liquiditätslage auf Gruppenebene basiert daher weitgehend auf den Liquiditätsanalysen der Institute, die der HASPA Finanzholding regelmäßig übermittelt und im Risikobericht dargestellt werden. Ergänzend ist, gemäß den Vorgaben der CRR, die Liquidity Coverage Ratio (LCR) regelmäßig auf Gruppenebene zu ermitteln. Zur Überwachung dieser gruppenbezogenen Kennziffer wurden Schwellenwerte für den entsprechenden Kernrisikoindikator definiert. Daneben wird regelmäßig die Net Stable Funding Ratio (NSFR) auf Gruppenebene berechnet.

Die Liquiditätslage der HASPA-Gruppe ist vor dem Hintergrund der bestehenden Refinanzierungs- und Anlagestruktur sowie vielfältiger Fundingmöglichkeiten weiterhin geordnet. Neben dem hohen Bestand an Passivmitteln aus dem Kundengeschäft der Institute steht der Hamburger Sparkasse AG durch die Schaffung eines komfortablen Deckungsstocks auch der Pfandbriefmarkt als nachhaltige Liquiditätsquelle zur Verfügung. Nach den Ergebnissen der Liquiditätsanalysen der Institute war die Zahlungsfähigkeit der HASPA-Gruppe in 2015 zu keinem Zeitpunkt gefährdet. Die Liquiditätskennziffern liegen oberhalb der Schwellenwerte und signalisieren eine gute Liquiditätsausstattung.

Stresstests

Stresstests sind Methoden, mit denen die Verlustanfälligkeit bezüglich außergewöhnlicher, aber plausibler möglicher Ereignisse überprüft wird.

Risikoartenübergreifende Szenariobetrachtungen werden regelmäßig in barwertiger Form vorgenommen. Dabei ist das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs im Wesentlichen als historisches Szenario ausgestaltet. Das Szenario eines Immobilienpreiseinbruchs im Geschäftsgebiet adressiert eine wesentliche Risikokonzentration der HASPA-Gruppe und ist als hypothetisches Szenario ausgestaltet.

Bei den regelmäßigen Sensitivitätsanalysen werden die für die einzelnen Risikoarten wesentlichen Risikofaktoren in verschiedenen Stufen variiert. Für das Adressenausfallrisiko werden neben konjunkturell bedingt höheren Ausfallraten Ratingshifts simuliert. Beim Zinsrisiko werden insbesondere eine parallele Verschiebung sowie weitere hypothetische Veränderungen der Zinsstrukturkurve vorgenommen. Im Bereich des Marktpreisrisikos werden hypothetische Wertänderungen für einzelne Assetklassen simuliert, wobei die Aggregation sowohl mit als auch ohne Berücksichtigung von risikomindernden Diversifikationseffekten erfolgt. Für das Beteiligungsrisiko werden Ratingshifts analog zum Adressenausfallrisiko unterstellt.

Zudem werden regelmäßig inverse Stresstests auf Basis der Sensitivitätsanalysen vorgenommen. Hierbei wird untersucht, ab welchen Ausprägungen bestimmter Risikoparameter die Fortführung der Geschäftstätigkeit der Gruppe nicht mehr gewährleistet wäre. Schließlich wird für alle barwertig gemessenen Risiken das Konfidenzniveau von 99 Prozent auf 99,95 Prozent erhöht. Die Ergebnisse der Stresstests werden regelmäßig der Risikodeckungsmasse gegenübergestellt.

Bei der Überschreitung von Schwellenwerten für bestimmte vom Vorstand festgelegte Risikoindikatoren können in Abhängigkeit von der jeweiligen Situation weitergehende Analysen bzw. anlassbezogene Stresstests durchgeführt werden.

Darüber hinaus werden die Auswirkungen adverser Entwicklungen in unterschiedlichen Ausprägungen regelmäßig im Rahmen der Kapitalplanung und im Sanierungsplan untersucht. Zudem führt die HASPA-Gruppe Stresstests nach den Vorgaben der europäischen Aufsichtsbehörden durch.

Nach den Ergebnissen der vorgenommenen Stress-tests ist eine Gefährdung der HASPA-Gruppe bei den zugrunde gelegten Rahmenbedingungen nicht erkennbar.

Risikobewertung

Bestandsgefährdende Risiken oder Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz-

und Ertragslage der HASPA-Gruppe haben können, sind für das laufende Jahr nicht erkennbar.

Risikomanagement im Rechnungslegungsprozess

Die Verantwortlichkeit für den Konzernrechnungslegungsprozess ist im Unternehmensbereich Finanzen der HASPA Finanzholding angesiedelt, der die bilanzrechtlichen und konzeptionellen Grundsatzfragen einschließlich der Festlegung des Konsolidierungskreises sowie der Konsolidierungsmethodik erarbeitet und in einer Konzernrichtlinie verbindlich regelt. Die Konzernrechnungslegung setzt im ersten Schritt auf dezentral erstellten und verantworteten Einzelabschlüssen auf. Hierfür sehen die in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen angemessene Kontrollen vor, insbesondere in Form von Funktionstrennungen, Zugriffsberechtigungssystemen und Beachtung des 4-Augen-Prinzips. Die Konzernbuchführung sowie Überleitungen und technische Konsolidierungsschritte werden durch die S-Servicepartner Norddeutschland GmbH als konzerninternem Dienstleister vorgenommen. Deren Ergebnisse unterliegen ebenso dem bereits skizzierten Kontrollsystem und werden zusätzlich durch die HASPA Finanzholding plausibilisiert. Darauf aufbauend werden die zur Aufstellung vorgesehene Konzernbilanz und Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Anhang und der Lagebericht bei der HASPA Finanzholding erstellt.

Ausblick

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Für den Euroraum wird in 2016 eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung mit einer Wachstumsrate von 1,7 Prozent erwartet, wobei eine Reihe von Risikofaktoren besteht. Neben den weltwirtschaftlichen Risikofeldern (geopolitische Konflikte, Konjunkturentwicklung in China) handelt es sich auch um spezifische europäische Probleme: Bedrohung des Binnenmarkts durch eine mögliche Grenzschießung infolge der Flüchtlingsströme oder Abspaltungserwägungen einzelner Länder. Auch sind einige Euroländer mit Struktur- und Schuldenproblemen noch nicht über den Berg.

Für Deutschland wird ein Wirtschaftswachstum von 1,6 Prozent prognostiziert. Das Wachstum dürfte hierbei von der Binnennachfrage und hier insbesondere vom privaten und staatlichen Konsum getragen werden. Auf dem Arbeitsmarkt erscheint ein neuer Beschäftigungshöchststand möglich. Die Preisentwicklung zieht etwas an, bleibt aber mit voraussichtlich 1,1 Prozent unterhalb der EZB-Zielmarke.

Positive Wachstumsaussichten in Hamburg

Das Konjunkturbarometer der Handelskammer Hamburg zeigt im vierten Quartal 2015 bei den befragten Unternehmen per saldo positive Einschätzungen zur künftigen Geschäftslage. Bei den Investitions- und Personalplanungen sowie den Exportaussichten überwiegen die positiven gegenüber den negativen Erwartungen. Diese Ergebnisse deuten auf einen sich fortsetzenden Aufschwung hin. Die norddeutsche Wirtschaftsmetropole Hamburg könnte 2016 ein Wirtschaftswachstum von 1,6 bis 2 Prozent erreichen. Der Hamburger Arbeitsmarkt sollte sich weiterhin durch eine hohe Stabilität auszeichnen. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte erneut zunehmen.

Voraussichtliche Entwicklung der HASPA-Gruppe

Die Entwicklung der HASPA-Gruppe wird insbesondere von der strategischen Ausrichtung auf das Retailbanking in der Metropolregion Hamburg beeinflusst. Für das Konzernergebnis ist die Ertragsprognose der Hamburger Sparkasse AG bestimmend. Diese erwartet den Zinsüberschuss in 2016 unter dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres. Das niedrige Zinsniveau stellt ein belastendes Umfeld für das Kundengeschäft dar. Beim Fristentransformationsbeitrag wird hingegen eine leichte Verbesserung erwartet. Sollte sich ein steigendes Zinsniveau ergeben, könnte dieses zu höheren Zinsüberschuss-

beiträgen führen. Beim Provisionsüberschuss sollen aufgrund der hohen Marktpräsenz und einer noch intensiveren Kundenbetreuung steigende Beiträge erzielt werden; dafür ist ein sich weiter verfestigendes Vertrauen in die Geld- und Kapitalmärkte erforderlich, so dass es in Abhängigkeit von der Marktentwicklung zu höheren, aber auch geringeren Beiträgen kommen kann. Im Verwaltungsaufwand wird aufgrund geplanter Investitionen ein moderater Anstieg prognostiziert. Bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird nach einem günstigen Wert im Berichtsjahr konservativ mit einem erhöhten Niveau gerechnet. Unter Berücksichtigung der konservativ angesetzten Risikovorsorge für Beteiligungsrisiken rechnen wir für das Jahr 2016 mit einem etwas niedrigeren Konzern-Jahresüberschuss der HASPA-Gruppe.

Zusammenfassende Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken

Die HASPA-Gruppe erwartet für das Jahr 2016 keine sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ auswirkenden Risikosituationen. Die Risiken der künftigen Entwicklung sind nicht bestandsgefährdend; vielmehr stehen ihnen Markt- und Wachstumschancen der HASPA-Gruppe gegenüber.

Die HASPA-Gruppe wird aus einer starken Marktposition in der Metropolregion Hamburg heraus ihre Eigenständigkeit bewahren und zur Sicherung der Sparkassenidee in ihrem Wirkungskreis beitragen.

Hamburg, den 30. März 2016

Der Vorstand

Konzern-Bilanz

der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2015

Aktiva

Alle Betragsangaben in T €

		2015	2014
1. Barreserve			
a) Kassenbestand		257.268	294.712
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		156.349	338.320
		413.618	633.032
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind			
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-	-
b) Wechsel		-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig		913.245	1.488.248
b) andere Forderungen	(1)	1.893.849	2.369.391
		2.807.094	3.857.639
4. Forderungen an Kunden	(2)	31.516.236	31.383.688
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	14.942.245		(14.876.058)
Kommunalkredite	621.509		(397.036)
Baudarlehen aus dem Bauspargeschäft	-		(583.019)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	(3)		
a) Geldmarktpapiere			
aa) von öffentlichen Emittenten		-	-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-		(-)
ab) von anderen Emittenten		-	-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-		(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten		3.995.649	2.867.402
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	3.995.649		(2.867.402)
bb) von anderen Emittenten		904.230	946.698
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	904.230		(941.698)
		4.899.878	3.814.100
c) eigene Schuldverschreibungen		1.460	344
Nennbetrag	1.439		(331)
		4.901.338	3.814.444
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	(4)	4.874.564	4.929.976
6a. Handelsbestand	(5)	118.611	180.736
7. Beteiligungen	(6)	83.250	83.864
darunter: an Kreditinstituten	6.410		(6.410)
an Finanzdienstleistungsinstituten	12.176		(12.176)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		25.619	26.867
darunter: an Kreditinstituten	-		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-		(-)
9. Anteile an assoziierten Unternehmen		88.183	55.717
10. Treuhandvermögen	(7)	22.019	16.481
darunter: Treuhandkredite	22.019		(16.481)
11. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch		-	-
12. Immaterielle Anlagewerte	(8)		
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-	-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		32.962	43.091
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-	-
d) geleistete Anzahlungen		3.171	2.714
		36.134	45.805
13. Sachanlagen	(8)	288.343	282.394
14. Sonstige Vermögensgegenstände	(9)	197.451	198.573
15. Rechnungsabgrenzungsposten	(10)	5.213	6.200
Summe der Aktiva		45.377.672	45.515.415

Passiva

Alle Betragsangaben in T€		2015	2014
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(11)		
a) täglich fällig		268.426	355.890
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		4.816.600	5.214.933
		5.085.026	5.570.823
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(12)		
a) Spareinlagen			
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		8.042.356	7.459.047
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		20.848	26.439
		8.063.204	7.485.486
b) Bauspareinlagen		-	861.768
c) andere Verbindlichkeiten			
ca) täglich fällig		18.327.356	17.368.800
cb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		6.273.379	6.493.753
		24.600.735	23.862.554
		32.663.939	32.209.808
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	(13)		
a) begebene Schuldverschreibungen		2.049.579	2.266.684
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten		-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-		(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-		(-)
		2.049.579	2.266.684
3a. Handelsbestand	(14)	42.546	57.438
4. Treuhandverbindlichkeiten	(15)	22.019	16.481
darunter: Treuhandkredite	22.019		(16.481)
5. Sonstige Verbindlichkeiten	(16)	90.262	67.542
6. Rechnungsabgrenzungsposten	(17)	22.016	26.023
6a. Passive latente Steuern	(18)	1.297	1.723
7. Rückstellungen	(19)		
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		813.045	726.902
b) Steuerrückstellungen		49.832	55.036
c) andere Rückstellungen		182.099	212.573
		1.044.976	994.511
7a. Fonds zur baupartechnischen Absicherung		-	287
8. Nachrangige Verbindlichkeiten	(20)	18.329	22.509
9. Genussrechtskapital		-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-		(-)
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken		725.900	732.740
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	2.000		(2.000)
11. Eigenkapital	(21)		
a) gezeichnetes Kapital		-	-
b) Kapitalrücklage		-	-
c) Gewinnrücklagen			
ca) Sicherheitsrücklage		3.217.042	3.158.710
cb) andere Rücklagen		23.144	21.027
		3.240.186	3.179.737
d) Konzernbilanzgewinn		282.002	270.308
e) Anteile im Fremdbesitz		56.436	61.310
		3.578.624	3.511.355
12. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung		33.160	37.490
Summe der Passiva		45.377.672	45.515.415
1. Eventualverbindlichkeiten	(22)		
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		732.601	735.446
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-	-
		732.601	735.446
2. Andere Verpflichtungen	(22)		
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		3.020.924	2.846.172
		3.020.924	2.846.172

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

der HASPA Finanzholding für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015

Alle Betragsangaben in T€	2015	2014
1. Zinserträge aus (23)		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.051.981	1.157.685
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	12.982	24.110
	1.064.963	1.181.796
2. Zinsaufwendungen (24)	462.916	587.277
	602.047	594.519
3. Laufende Erträge aus		
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	161.205	123.895
b) Beteiligungen	14.251	4.186
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	2.410	5.836
	177.866	133.918
4. Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	-5.969	1.424
5. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	3.076	2.907
6. Provisionserträge (25)	307.775	294.829
7. Provisionsaufwendungen (26)	18.850	23.207
	288.924	271.621
8. Nettoertrag des Handelsbestands	-3.617	1.838
9. Sonstige betriebliche Erträge (27)	146.615	146.891
	1.208.942	1.153.118
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	344.290	348.231
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	85.970	73.590
darunter: für Altersversorgung 24.264		(12.134)
	430.261	421.821
b) andere Verwaltungsaufwendungen	296.568	295.222
	726.828	717.043
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	24.545	24.920
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen (28)	199.853	168.745
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	50.830	-

Alle Betragsangaben in T €	2015	2014
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	-	155.007
	50.830	-155.007
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	1.754	19.691
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	-	-
	1.754	19.691
17. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	880	202.120
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme	3.883	974
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	200.369	174.632
20. Außerordentliche Erträge	160	156
21. Außerordentliche Aufwendungen	15.731	14.918
22. Außerordentliches Ergebnis (29)	-15.571	-14.762
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (30)	111.661	92.830
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	399	310
	112.060	93.140
25. Konzernjahresüberschuss	72.738	66.730
26. Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn	2.712	1.194
27. Auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust	-	1.355
28. Konzerngewinn	70.026	66.891

Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung wurde erstmalig unter Beachtung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 21 erstellt, daher wird auf die Angabe von Vorjahreswerten verzichtet.

Alle Betragsangaben in T€	2015
1. Periodenergebnis	72.738
2. +/- Abschreibungen, Wertberichtigungen / Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	63.137
3. +/- Zunahme / Abnahme der Rückstellungen (ohne Rückstellungen für Ertragsteuern)	129.518
4. +/- Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	10.990
5. -/+ Gewinn / Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	57
6. -/+ Zunahme / Abnahme der Forderungen an Kreditinstitute	880.983
7. -/+ Zunahme / Abnahme der Forderungen an Kunden	-754.666
8. -/+ Zunahme / Abnahme der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen)	-1.257.094
9. -/+ Zunahme / Abnahme anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-12.558
10. +/- Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-390.854
11. +/- Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.396.368
12. +/- Zunahme / Abnahme verbriefter Verbindlichkeiten	-214.799
13. +/- Zunahme / Abnahme anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-31.738
14. +/- Zinsaufwendungen / Zinserträge	-602.047
15. - Laufende Erträge aus Aktien, nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	-177.866
16. +/- Aufwendungen / Erträge aus außerordentlichen Posten	15.571
17. + Ertragsteueraufwand	111.661
18. + Erhaltene Zinszahlungen	1.085.170
19. + Erhaltene Zahlungen aus laufenden Erträgen aus Aktien, nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	177.866
20. - Gezahlte Zinsen	-578.829
21. -/+ Ertragsteuerzahlungen	-116.865
22. = Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-193.257

Alle Betragsangaben in T€	2015
23. + Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	13.576
24. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-2.362
25. + Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	6.872
26. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-22.837
27. + Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	1.115
28. - Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-6.031
29. = Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-9.667
30. - Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an andere Gesellschafter	-3.800
31. - Gezahlte Dividenden an andere Gesellschafter	-1.434
32. +/- Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo)	-11.256
33. = Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-16.490
34. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-219.414
35. + Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	633.032
36. = Finanzmittelfonds am Ende der Periode	413.618

Ergänzende Angaben zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderungen des Finanzmittelfonds. Der Finanzmittelfonds setzt sich aus dem Kassenbestand und Guthaben bei der Deutschen Bundesbank (Zahlungsmittel) zusammen.

Die Kapitalflussrechnung wird für den Konzernabschluss der HASPA Finanzholding erstellt; im Finanzmittelfonds sind keine Bestände von quotaal einbezogenen Unternehmen enthalten.

Im Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist ein zahlungsunwirksamer Posten in Höhe von 12.581 T€ enthalten. Es handelt sich um den anteiligen Unterschiedsbetrag aufgrund der Bewertungsvorschriften für Pensionsrückstellungen zum 1. Januar 2010. Weitere wesentliche zahlungsunwirksame Investitions- und Finanzierungsvorgänge sowie Geschäftsvorfälle bestehen im Geschäftsjahr nicht.

Im Berichtsjahr sind im Finanzmittelfonds keine Bestände vorhanden, die einer Verfügungsbeschränkung unterliegen.

Eigenkapitalspiegel

Der Eigenkapitalspiegel gibt einen Überblick über die Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals und des Konzern-Gesamtergebnisses.

in Mio €	Mutterunternehmen			Minderheiten-			Konzern-
	Sicherheitsrücklage	Erwirtschaftetes Konzern-Eigenkapital	Andere Rücklagen	Eigenkapital	heitenkapital	Eigenkapital	
Stand am 01.01.2014	3.102,3	259,8	21,0	3.383,1	61,1	61,1	3.444,2
Verwendung							
Bilanzgewinn	56,4	-56,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausschüttungen	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,7	-0,7	-0,7
Veränderung des Konsolidierungskreises	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2	1,2	1,2
Konzern-							
Jahresüberschuss	0,0	66,9	0,0	66,9	-0,2	-0,2	66,7
Stand am 31.12.2014	3.158,7	270,3	21,0	3.450,0	61,4	61,4	3.511,4
Verwendung							
Bilanzgewinn	58,3	-58,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausschüttungen	0,0	0,0	0,0	0,0	-4,9	-4,9	-4,9
Veränderung des Konsolidierungskreises	0,0	0,0	2,2	2,2	-2,8	-2,8	-0,6
Konzern-							
Jahresüberschuss	0,0	70,0	0,0	70,0	2,7	2,7	72,7
Stand am 31.12.2015	3.217,0	282,0	23,2	3.522,2	56,4	56,4	3.578,6

Der Jahresüberschuss aus dem Einzelabschluss 2015 der HASPA Finanzholding in Höhe von 76,2 Mio Euro wird gemäß den Bestimmungen der Satzung der Sicherheitsrücklage zugeführt. Seit dem Zeitpunkt

der Erstkonsolidierung (1. Januar 2003) bis zum 31. Dezember 2015 wurden aus dem erwirtschafteten Konzern-Eigenkapital insgesamt 1.158 Mio Euro in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

Konzern-Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Gesetzliche Vorgaben

Der Konzernabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2015 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) sowie den Bestimmungen der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Gemäß §§ 340i Abs. 2 und 3 sowie 340a Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 265 Abs. 4 und 5 HGB werden für den Konzernabschluss die Formblätter der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für Kreditinstitute verwendet.

Von der Möglichkeit, die anteiligen Zinsen nicht nach Restlaufzeiten aufzugliedern, wird nach § 11 Satz 3 RechKredV Gebrauch gemacht. Entsprechend führt bei den Positionen „Forderungen an Kreditinstitute“, „Forderungen an Kunden“, „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sowie „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ eine Aufrechnung der im Konzernanhang ausgewiesenen Beträge nicht zum Bilanzausweis.

Grundlagen der Konsolidierung

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt für bis zum Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) erworbene Tochterunternehmen weiterhin nach der Buchwertmethode (Artikel 66 Abs. 3 Satz 4 EGHGB). Gemäß § 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HGB alte Fassung werden die Wertansätze bei der erstmaligen Einbeziehung der Unternehmen in den Konzernabschluss herangezogen. Für die nach Inkrafttreten des BilMoG erworbenen Tochterunternehmen wird gemäß § 301 Abs. 1 HGB die Neubewertungsmethode angewandt.

Gemäß § 309 Abs. 1 Satz 3 HGB alte Fassung wurden aktivische Unterschiedsbeträge in Höhe von 15,0 Mio Euro aus der Erstkonsolidierung mit den Rücklagen verrechnet.

Passivische Unterschiedsbeträge in Höhe von ursprünglich 41,5 Mio Euro werden über einen Zeitraum von zehn Jahren erfolgswirksam aufgelöst. Daneben wurde ein im Berichtsjahr entstandener Betrag von 1,0 Mio Euro gemäß § 309 Abs. 2 HGB vereinnahmt.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen Unternehmen, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind, werden im Wege der Schuldenkonsolidierung gemäß § 303 HGB gegeneinander aufgerechnet.

Erträge aus der konzerninternen Leistungsverrechnung werden, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind, mit den korrespondierenden Aufwendungen im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung gemäß § 305 HGB verrechnet.

Die Wertansätze der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen bzw. die Unterschiedsbeträge für bis zum Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) einbezogene assoziierte Unternehmen wurden auf der Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung des assoziierten Unternehmens in den Konzernabschluss ermittelt; danach auf den Zeitpunkt, zu dem die Gesellschaft assoziiertes Unternehmen geworden ist. Zum 31. Dezember 2015 sind in den Wertansätzen der assoziierten Unternehmen keine aktivischen und keine passivischen Unterschiedsbeträge enthalten.

Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss sind neben der HASPA Finanzholding, Hamburg, folgende Unternehmen nach der Neubewertungsmethode bzw. Buchwertmethode im Rahmen der Vollkonsolidierung einbezogen:

Unternehmen	Anteil am Eigenkapital in %
- Hamburger Sparkasse AG, Hamburg 1. Januar 2003	100,00
- NM Nord-IMMO Management GmbH & Co. KG, Hamburg (Befreiung gemäß § 264b HGB) 1. Januar 2003	100,00
- Grossmann & Berger GmbH, Hamburg 1. Januar 2003	90,00
- S-Servicepartner Norddeutschland GmbH, Hamburg (vormals NRS Norddeutsche Retail-Service GmbH, Hamburg/Bremen) 1. Januar 2006	70,00
- NM Nord-IMMO Erste Immobilien GmbH, Hamburg 1. Januar 2013	100,00
- Sparkasse Mittelholstein AG, Rendsburg 31. Dezember 2013	65,48
- Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH, Hamburg 1. Januar 2014	100,00

Anteile an Tochterunternehmen, die aus Konzernsicht insgesamt von untergeordneter Bedeutung nach § 296 Abs. 2 HGB sind, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Nicht einbezogen sind insgesamt 18 inländische Unternehmen. Die Anteile werden als verbundene Unternehmen ausgewiesen. Der Einfluss dieser Unternehmen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ist insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

Anteile an zwei Tochterunternehmen, bei denen die Ausübung der Gesellschafterrechte durch Einstimmigkeitserfordernisse erheblich und andauernd beschränkt ist, werden gemäß § 296 Abs. 1 HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Folgende Unternehmen werden zum 31. Dezember 2015 im Rahmen der Equity-Methode nach der Buchwertmethode als assoziierte Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen:

Unternehmen	Anteil am Eigenkapital in %
- Sparkasse zu Lübeck AG, Lübeck 31. Dezember 2005	26,00
- neue leben Holding AG, Hamburg 1. Januar 2011	23,20
- LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel/Hamburg 1. Januar 2015	42,50

Die LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG wird seit dem 1. Januar 2015 nicht mehr quotalkonsolidiert, sondern als assoziiertes Unternehmen einbezogen. Bei der Vereinheitlichung der Abbildung der Minderheitsbeteiligungen im Konzernabschluss haben wir auch berücksichtigt, dass der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein seit dem Jahr 2007 und der Fusion der beiden Vorgängerbau-sparkassen 57,5 % der Anteile hält und die seinerzeit mit der Quotenkonsolidierung beabsichtigte Bilanzierungskontinuität nicht mehr den heutigen Verhältnissen entspricht.

Im Berichtsjahr wurden sechs Beteiligungen an assoziierten Unternehmen, deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung nach § 311 Abs. 2 HGB ist, nicht in den Konzernabschluss einbezogen.

Die Vorjahreswerte basieren auf dem letztjährigen Konsolidierungskreis und sind nur bedingt vergleichbar. Wesentliche Positionen und deren an den aktuellen Konsolidierungskreis angepasste Vorjahreswerte sind „Forderungen an Kreditinstitute“ (3.726,3 Mio Euro), „Forderungen an Kunden“ (30.796,8 Mio Euro), „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ (3.679,0 Mio Euro), „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ (4.800,5 Mio Euro), „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ (5.520,2 Mio Euro), „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ (31.346,7 Mio Euro), „Zinserträge“ (1.150,3 Mio Euro), „Zins-

aufwendungen“ (572,4 Mio Euro), „Provisionserträge“ (287,9 Mio Euro), „Provisionsaufwendungen“ (17,5 Mio Euro) und „Allgemeine Verwaltungsaufwendungen“ (703,5 Mio Euro).

Bewertung einzelner Posten und Sachverhalte

Kreditgeschäft

Die Forderungen an Kunden und Kreditinstitute wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden auf die Festzinsbindungsdauer bzw. auf eine Laufzeit von höchstens fünf Jahren verteilt.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung der Kredite beachtet.

In dem Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ wurden in dem Daruntervermerk „durch Grundpfandrechte gesichert“ alle Beträge ausgewiesen, die die Voraussetzungen des § 14 PfandBG erfüllen.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden grundsätzlich unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Wertaufholungsgebots nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Bei in Spezialfonds gehaltenen Vermögensgegenständen, für die kein handelbarer Kurs verfügbar ist, wird von den Fondsgesellschaften der Verkehrswert, der bei sorgfältiger Einschätzung nach geeigneten Bewertungsmodellen unter Berücksichtigung der aktuellen Marktgegebenheiten angemessen ist, zugrunde gelegt.

Handelsbestand

Die zu Handelszwecken erworbenen Finanzinstrumente werden im Handelsbestand zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags (Value-at-Risk) ausgewiesen. Gemäß IDW RS BFA 2 wird dieser in einer Summe beim größeren der

jeweiligen Bilanzposten (Aktiv oder Passiv) berücksichtigt.

Die Umrechnung der Handelsaktiva und -passiva in fremder Währung erfolgt zum Devisenkassamittelkurs.

Zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Risikomanagement der Marktpreisrisiken des Handelsbuchs wird ein entsprechender Value-at-Risk (VaR) ermittelt. Dieser VaR wird für den Risikoabschlag herangezogen. Der VaR wird mit einer Haltedauer von einem Monat, einer Datenhistorie von 250 Tagen und einem Konfidenzniveau von 95 % ermittelt. Mit der Berücksichtigung des Risikoabschlags wird der Ausfallwahrscheinlichkeit der realisierbaren Gewinne aus der Bewertung zu Marktpreisen Rechnung getragen. Die Veränderung des Risikoabschlags wird im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands ausgewiesen. Weiterhin werden im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands Kurs- und Bewertungsgewinne sowie Kurs- und Bewertungsverluste von Finanzinstrumenten des Handelsbestands ausgewiesen. Dabei sind erstmals auch Bewertungsergebnisse aus der vorzeitigen Rückzahlung von zurückgekauften eigenen Emissionen in dieser Position enthalten. Die Zinserträge und Zinsaufwendungen des Handelsbestands werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten bilanziert. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung beachtet. Niedrigere Werte werden angesetzt, wenn besondere Umstände vorliegen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige, steuerlich zulässige Abschreibungen, bilanziert. Für bis 2009 angeschaffte Sachanlagen werden steuerlich zulässige Abschreibungen fortgeführt.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden grundsätzlich zu ihrem

Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden aktivisch unter den Rechnungsabgrenzungen ausgewiesen; Agioerträge werden in den passiven Rechnungsabgrenzungen dargestellt.

Abweichend hiervon werden Null-Kupon-Anleihen mit ihrem Zeitwert bilanziert.

Rückstellungen

Mit den ausgewiesenen Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken sowie allen ungewissen Verpflichtungen Rechnung getragen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden konzerneinheitlich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß der Projected Unit Credit Method und nach Maßgabe der Richttafeln 2005 G von Heubeck gebildet. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Infolge eines vorgezogenen Bewertungsstichtags wurde eine Projektion des Zinssatzes auf den Abschlussstichtag vorgenommen und ein sich daraus ergebender Zinssatz von 3,88 % zugrunde gelegt. Bei der Ermittlung der Rückstellung für Pensionsverpflichtungen wurden Lohn- und Gehaltssteigerungen (einschließlich Karrieretrend) von 2,1 % und Rentensteigerungen von 1,75 % zugrunde gelegt. Die Fluktuationsrate liegt altersabhängig zwischen 0 % und 5 %.

Der gesonderte Ausweis der Erträge und Aufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen erfolgt aus Gründen der Übersichtlichkeit und Klarheit im Anhang. Die Aufwendungen für Aufzinsungen von bankgeschäftsbezogenen Rückstellungen werden in den Zinsaufwendungen ausgewiesen, der Zinsaufwand für die nicht-bankgeschäftsbezogenen Rückstellungen wird in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen berücksichtigt.

Verlustfreie Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs (Zinsbuch)

Unter Beachtung des IDW RS BFA 3 erfolgte zur Ermittlung eines ggf. bestehenden Verpflichtungsüberschusses aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs eine Gesamtbeurteilung aller zinstragenden Aktiva und Passiva des Bankbuchs (ohne Handelsbestand) einschließlich der Derivate unter Berücksichtigung aller bis zur vollständigen Abwicklung zu erwartenden Risiko- und Verwaltungskosten. Hierbei ist die Ermittlung unter Berücksichtigung individueller Refinanzierungsmöglichkeiten in einer barwertigen Betrachtung erfolgt. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich ist.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB. Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände, die wie Anlagevermögen behandelt werden, werden mit ihren Anschaffungskursen in Euro umgerechnet. Fremdwährungswertpapiere des Umlaufvermögens werden zum Kassakurs bewertet. Bei Fremdwährungspapieren mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden ausschließlich die sich ergebenden Aufwendungen aus der Währungsumrechnung berücksichtigt.

Die übrigen Bilanzbestände in Fremdwährung sowie die nicht abgewickelten Kassa- und Termingeschäfte, die nicht dem Handelsbestand zugeordnet wurden, gelten gemäß § 340h HGB als besonders gedeckte Geschäfte (besondere Deckung). Die besondere Deckung stellt hierbei auf eine betragsmäßige Deckung der einbezogenen Geschäfte ab, eine Laufzeitkongruenz der Geschäfte wird hierbei nicht betrachtet. Besonders gedeckte Geschäfte werden zum Kassa- bzw. Terminkurs bewertet.

Dem Kassa- bzw. Terminkurs liegt der Referenzkurs der Europäischen Zentralbank zugrunde.

Die aus der Umrechnung der besonders gedeckten Geschäfte ermittelten Kursgewinne und -verluste werden im Anhang unter den sonstigen betriebli-

chen Erträgen bzw. unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen gesondert ausgewiesen.

Bewertungseinheiten

Im Konzern werden Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB gebildet. In die Bewertungseinheiten werden Verbindlichkeiten und schwebende Geschäfte als Grundgeschäfte einbezogen und mittels derivativer Finanzinstrumente abgesichert.

Die Zins- und sonstigen Preisrisiken aus begebenen strukturierten Anleihen bzw. Namenspapieren (Grundgeschäfte) werden mithilfe von strukturierten Zinsswaps (Sicherungsgeschäfte) abgesichert. Bei den Grundgeschäften handelt es sich einerseits um strukturierte Inhaberschuldverschreibungen, die unter dem Posten „Verbriefte Verbindlichkeiten“ ausgewiesen werden, sowie andererseits um strukturierte Namensschuldverschreibungen, Scheckscheindarlehen und Sparkassenbriefe, die unter dem Passivposten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ bzw. „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ bilanziert werden. Die jeweiligen Sicherungsgeschäfte sind derart ausgestaltet, dass die risikorelevanten Parameter des Grundgeschäfts zum Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses und während der Laufzeit des Grundgeschäfts hinsichtlich des abgesicherten Risikos vollständig gegenläufig sind (Critical Terms Match).

Weiterhin erfolgt für mit Kunden abgeschlossene Cross Currency Interest Rate Swaps eine Absicherung des Währungs- und Zinsrisikos durch den Abschluss von exakt gegenläufigen Sicherungsgeschäften mit Kreditinstituten mit guter Bonität. Das derivative Kundengeschäft sowie das Back-to-back-Sicherungsgeschäft werden jeweils zu einer Mikro-Bewertungseinheit zusammengefasst. Darüber hinaus werden im Kundenkreditgeschäft Zinsbegrenzungsvereinbarungen in Form von Caps, Floors und Collars abgeschlossen. Diese den Kunden eingeräumten Zinsoptionsrechte werden jeweils einzelgeschäftsbezogen durch entsprechende Gegengeschäfte mit Kreditinstituten mit guter Bonität gesichert.

Das derivative Kundengeschäft sowie das Back-to-back-Sicherungsgeschäft werden jeweils zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst.

Die Effektivität der Sicherungsbeziehung wird bei Designation der Bewertungseinheiten sowie zum Abschlussstichtag durch eine handelsunabhängige Stelle kontrolliert. Es ist jeweils eine effektive Absicherung der Grundgeschäfte in Bezug auf die bestehenden Risiken gegeben.

Die bilanzielle Abbildung der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt nach der Einfrierungsmethode im Sinne des IDW RS HFA 35. Konzerneinheitlich wird sich auf Grundlage der angewandten Methoden (Critical Terms Match) von der Wirksamkeit der jeweiligen Sicherungsbeziehung in Bezug auf die bestehenden Wert- bzw. Zahlungsstromrisiken des jeweils abgesicherten Risikos überzeugt. Die Wert- bzw. Zahlungsstromänderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte – bezogen auf die abgesicherten Risiken – werden sich voraussichtlich über die gesamte Zeit des Bestehens der Bewertungseinheiten in vollem Umfang ausgleichen.

Derivate

Zinsswaps werden im Wesentlichen zur Steuerung des Zinsrisikos eingesetzt und in die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen. Darüber hinaus werden derivative Finanzinstrumente, die sich in Bewertungseinheiten befinden, gehalten. Im geringen Umfang befinden sich des Weiteren derivative Finanzinstrumente im Handelsbestand.

Bei Optionen sind die Stillhalterpositionen in der Regel durch Gegengeschäfte gesichert. Erhaltene bzw. gezahlte Optionsprämien für noch nicht abgewickelte Optionen sowie Marginverpflichtungen aus Future-Geschäften sind, sofern sie Handelsgeschäfte darstellen, innerhalb der Handelsaktiva bzw. -passiva ausgewiesen. Ansonsten werden diese als „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. „Sonstige Verbindlichkeiten“ bilanziert.

Erläuterungen zur Konzernbilanz – Aktiva

	2015 Mio €	2014 Mio €
(1) Forderungen an Kreditinstitute		
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an verbundene Unternehmen	0,0	0,0
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	41,1	0,0
b) andere Forderungen nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	1.528,1	1.879,0
- über 3 Monate bis 1 Jahr	207,2	209,5
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	0,2	30,9
- über 5 Jahre	1,1	77,7

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Forderungen sind keine Hypothekendarlehen und Kommunalkredite enthalten. In den anderen

Forderungen sind Beträge gegen Beleihung von Wertpapieren in Höhe von 0,0 Mio Euro (Vorjahr 690,0 Mio Euro) enthalten.

	2015 Mio €	2014 Mio €
(2) Forderungen an Kunden		
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an verbundene Unternehmen	41,4	37,9
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	28,3	32,2
Forderungen an Kunden nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	1.971,4	2.147,0
- über 3 Monate bis 1 Jahr	2.400,4	2.147,2
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	7.296,5	7.119,0
- über 5 Jahre	18.923,5	18.348,1
- mit unbestimmter Laufzeit	882,9	990,9

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Forderungen sind Hypothekendarlehen in Höhe von 14.942,2 Mio Euro (Vorjahr 14.876,1 Mio Euro) und Kommunalkredite in Höhe von 621,5 Mio Euro (Vorjahr 397,0 Mio Euro) enthalten.

In den anderen Forderungen in Höhe von 15.952,5 Mio Euro (Vorjahr 16.110,6 Mio Euro) sind 18,0 Mio Euro (Vorjahr 13,4 Mio Euro) gegen Beleihung von Wertpapieren enthalten.

Angaben zum Bauspargeschäft:

	2015 Mio €	2014 Mio €
Die Baudarlehen betragen		
a) aus Zuteilungen	0,0	140,8
b) zur Vor- und Zwischenfinanzierung	0,0	423,8
c) sonstige	0,0	13,1
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	0,0	12,9
	0,0	577,7

(3) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

	2015 Mio €	2014 Mio €
Von den in diesem Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	4.873,9	3.782,5
- nicht börsennotiert	26,5	30,4
Davon im Folgejahr fällig	965,4	351,9
Der Buchwert der dem Anlagevermögen zugeordneten Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere beträgt	29,9	163,9

(4) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

	2015 Mio €	2014 Mio €
Von den in diesem Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	0,0	0,0
- nicht börsennotiert	0,7	1,0
Der Buchwert der dem Anlagevermögen zugeordneten Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere beträgt	434,5	429,1

In diesem Bilanzposten sind Spezialfondsanteile mit einem Buchwert von 4,9 Mrd Euro (Vorjahr 4,9 Mrd Euro) enthalten. Die Fungibilität dieser Anteile ist eingeschränkt. Bei den im Bestand gehaltenen Spezialfondsanteilen wurden Gewinne, soweit sie aus

der Realisierung von Kursgewinnen resultieren, im Wesentlichen thesauriert. Der Gewinn aus Zins- und Dividendeneinnahmen wurde im Wesentlichen vollständig ausgeschüttet.

Entwicklung der Wertpapiere des Anlagevermögens

	Mio €
Bilanzwert zum 1. Januar 2015	593,0
Veränderungen (saldiert gemäß § 34 Abs. 3 RechKredV)	-128,6
Bilanzwert zum 31. Dezember 2015	464,4

Investmentvermögen mit einem Anteil von über 10 %			2015 Mio €	2015 Mio €
	Ausschüttung 2015	Unterschieds- betrag	Marktwert	Buchwert
- HERA-FONDS	1,1	53,3	463,3	410,0
- JUPITER-FONDS 1	128,6	114,1	3.684,9	3.570,8
- JUPITER-FONDS 2	6,9	0,0	422,5	422,5
- JUPITER-FONDS 3	16,3	40,1	466,2	426,1
- JUPITER-FONDS 4	6,2	0,0	0,0	0,0
- NRS Fonds	0,1	1,4	21,4	20,0
			5.058,3	4.849,4

Die tägliche Rückgabe ist möglich, Abschreibungen wurden nicht unterlassen.

(5) Handelsbestand	2015 Mio €	2014 Mio €
Der Handelsbestand setzt sich zusammen aus:		
- derivative Finanzinstrumente	44,3	60,8
- Forderungen	0,0	0,0
- Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	74,5	119,9
- Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,3	0,0
- sonstige Vermögensgegenstände	0,0	0,5
	119,1	181,2
- Risikoabschlag	-0,5	-0,5
	118,6	180,7

(6) Beteiligungen	2015 Mio €	2014 Mio €
Von den in diesem Bilanzposten enthaltenen Anteilen, die in börsenfähigen Wertpapieren verbrieft sind, sind:		
- börsennotiert	0,0	0,0
- nicht börsennotiert	0,0	0,0

Entwicklung	Beteili- gungen Mio €	Verbundene Unternehmen Mio €
Bilanzwert zum 1. Januar 2015	83,9	26,9
Veränderungen (saldiert gemäß § 34 Abs. 3 RechKredV)	-0,7	-1,3
Bilanzwert zum 31. Dezember 2015	83,2	25,6

(7) Treuhandvermögen

Die ausgewiesenen Treuhandkredite betreffen ausschließlich Treuhandforderungen an Kunden.

(8) Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	Immaterielle Anlagewerte Mio €	Sachanlagen Mio €
Entwicklung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen:		
Anschaffungskosten am 1. Januar 2015	143,6	519,3
Zugänge	6,0	22,8
Abgänge	3,7	17,7
kumulierte Abschreibungen	109,8	236,1
Bilanzwert zum 31. Dezember 2015	36,1	288,3
Bilanzwert zum 31. Dezember 2014	45,8	282,4
Abschreibungen des Geschäftsjahres	14,6	9,9
Von den Sachanlagen entfallen auf:	2015 Mio €	2014 Mio €
die im Rahmen des Sparkassengeschäfts genutzten Grundstücke und Gebäude	96,9	99,3
die Betriebs- und Geschäftsausstattung	22,3	25,5
Im Konzern wurde von dem Wahlrecht zur Aktivierung von selbsterstellter Software kein Gebrauch gemacht.		
(9) Sonstige Vermögensgegenstände	2015 Mio €	2014 Mio €
Die sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich zusammen aus:		
- aktivierte Vorräte und sonstige Vermögensgegenstände	17,8	16,1
- sonstige Forderungen	179,7	182,5
	197,5	198,6
(10) Rechnungsabgrenzungsposten	2015 Mio €	2014 Mio €
In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:		
- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Schuldverschreibungen	2,7	3,3
- Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen	0,0	0,0
- sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	2,5	2,9
	5,2	6,2

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren in

Höhe von 2,5 Mio Euro (Vorjahr 2,9 Mio Euro) aus dem
Emissions- und Darlehensgeschäft.

Erläuterungen zur Konzernbilanz – Passiva

	2015	2014
	Mio €	Mio €
(11) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2,9	1,8
Gesamtbetrag der als Sicherheit für in dieser Position enthaltene Verbindlichkeiten übertragenen Vermögensgegenstände	2.464,7	2.463,3
Aufgliederung der Unterposition b) nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	174,7	409,5
- über 3 Monate bis 1 Jahr	240,5	307,2
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	1.619,4	1.633,7
- über 5 Jahre	2.581,5	2.617,3

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Verbindlichkeiten sind begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe in Höhe von 429,6 Mio Euro (Vorjahr 408,6 Mio Euro) enthalten; begebene öffentliche Namenspfandbriefe waren im Geschäftsjahr

sowie im Vorjahr nicht im Bestand. Es sind keine Hypotheken-Namenspfandbriefe zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigt worden.

	2015	2014
	Mio €	Mio €
(12) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	13,8	16,7
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	16,9	62,8
Aufgliederung der Unterposition ab) nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	3,8	4,9
- über 3 Monate bis 1 Jahr	8,6	11,1
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	8,0	10,1
- über 5 Jahre	0,4	0,3
Aufgliederung der Unterposition cb) nach Restlaufzeiten:		
- bis 3 Monate	923,7	721,1
- über 3 Monate bis 1 Jahr	260,6	272,0
- über 1 Jahr bis 5 Jahre	844,3	966,0
- über 5 Jahre	4.110,4	4.322,3

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den Verbindlichkeiten sind begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe in Höhe von 3.357,3 Mio Euro (Vorjahr 3.010,6 Mio Euro) enthalten; begebene öffentliche Namenspfandbriefe waren im Geschäftsjahr

und im Vorjahr nicht im Bestand. Es sind keine Hypotheken-Namenspfandbriefe zur Sicherstellung aufgenommenen Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigt worden.

Angaben zum Bauspargeschäft: Von den Bauspareinlagen entfielen	2015 Mio €	2014 Mio €
a) auf gekündigte Verträge	0,0	10,7
b) auf zugeteilte Verträge	0,0	22,3
	0,0	33,0

(13) Verbriefte Verbindlichkeiten	2015 Mio €	2014 Mio €
In dieser Position sind enthalten: im Folgejahr fällige begebene Schuldverschreibungen	610,1	275,3

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:
In den begebenen Schuldverschreibungen sind
Hypothekendarlehen in Höhe von 502,7 Mio Euro
(Vorjahr 533,1 Mio Euro) enthalten; begebene

öffentliche Pfandbriefe befanden sich im Geschäftsjahr
und im Vorjahr nicht im Bestand. Die sonstigen
begebenen Schuldverschreibungen betragen 1.546,8
Mio Euro (Vorjahr 1.733,6 Mio Euro).

(14) Handelsbestand	2015 Mio €	2014 Mio €
Der Handelsbestand setzt sich zusammen aus:		
- derivative Finanzinstrumente	42,5	57,4
- Verbindlichkeiten	0,0	0,0
	42,5	57,4
- Risikozuschlag	0,0	0,0
	42,5	57,4

(15) Treuhandverbindlichkeiten

Die ausgewiesenen Treuhandverbindlichkeiten

betreffen ausschließlich Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

(16) Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich zusammen aus:

	2015 Mio €	2014 Mio €
- Steuerverbindlichkeiten	13,4	15,9
- sonstige Verbindlichkeiten	76,9	51,6
	90,3	67,5

(17) Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	2015 Mio €	2014 Mio €
- Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Darlehensforderungen	16,3	19,6
- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungs- und höherem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Schuldverschreibungen	3,2	3,5
- sonstige Rechnungsabgrenzungen	2,5	2,9
	22,0	26,0

Ergänzende Angaben für Pfandbriefbanken:

Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren in Höhe

von 19,5 Mio Euro (Vorjahr 22,1 Mio Euro) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft.

(18) Latente Steuern

Für die in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften werden alle zeitlichen und quasi-permanenten Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen und den Steuerwerten (§ 274 HGB) ermittelt. Derartige Differenzen bestehen insbesondere in den Bilanzposten Forderungen an Kunden und Rückstellungen, die zu aktiven latenten Steuern führen. Die aus dem Überhang an aktiven latenten

Steuern resultierende voraussichtliche zukünftige Ertragsteuerentlastung wird in der Konzernbilanz nicht ausgewiesen.

Daneben werden latente Steuern auf Konsolidierungsmaßnahmen bilanziert (§ 306 HGB). Der für die Ermittlung zugrunde gelegte einheitliche Steuersatz beträgt 32,1 %.

(19) Rückstellungen

Der aufgrund der Bewertungsvorschriften für Pensionsrückstellungen zum 1. Januar 2010 ermittelte Unterschiedsbetrag wird linear über einen Zeitraum von 15 Jahren zu Lasten des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Per 31. Dezember 2015 beträgt der Restbetrag des noch zuzuführenden Betrags 104,2 Mio Euro.

Deckungsvermögen mit einem Zeitwert von 0,1 Mio Euro (Anschaffungskosten 0,1 Mio Euro) wurde mit Altersversorgungsverpflichtungen verrechnet. Der Erfüllungsbetrag dieser Verpflichtungen beträgt brutto 0,1 Mio Euro.

(20) Nachrangige Verbindlichkeiten

Für nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von nominal 18,3 Mio Euro sind im Berichtsjahr ausschließlich Zinsen in Höhe von 0,8 Mio Euro angefallen. Bei den nachrangigen Verbindlichkeiten, die 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten überschreiten, handelt es sich um ein Darlehen in Höhe von 4,0 Mio Euro mit einem Zinssatz von 3,35 %. Das Darlehen ist am 26. August 2016 fällig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht

entstehen. Im Falle des Insolvenzverfahrens oder der Liquidation wird das Nachrangdarlehenskapital erst nach Befriedigung aller anderen, nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten, die 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen, sind im Durchschnitt mit 4,45 % verzinslich. Die Ursprungslaufzeiten bewegen sich zwischen 6 und 10 Jahren.

(21) Eigenkapital	2015	2014
	Mio €	Mio €
Der Konzernbilanzgewinn entwickelte sich wie folgt:		
Konzernjahresüberschuss	72,7	66,7
konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn	-2,7	-1,2
auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust	0,0	1,4
Konzerngewinn	70,0	66,9
Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr	270,3	259,8
Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,0	0,0
b) aus anderen Rücklagen	0,0	0,0
Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) in die Sicherheitsrücklage	-58,3	-56,4
b) in andere Rücklagen	0,0	0,0
Einstellung in konzernfremde Rücklagen	0,0	0,0
Konzernbilanzgewinn	282,0	270,3

(22) Haftungsverhältnisse

Unter den Eventualverbindlichkeiten sind für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen der Kreditrisikomanagementprozesse wird für die hier ausgewiesenen Beträge davon ausgegangen, dass diese nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung führen.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen beinhalten überwiegend Darlehen, die noch nicht voll ausgezahlt sind. Unwiderrufliche Kreditzusagen unterliegen den normalen Kreditüberwachungsprozessen, die für alle Kreditengagements gelten. Erhöhte Ausfallrisiken sind hieraus nicht zu erkennen.

Weitere außerbilanzielle Geschäfte gemäß § 285 Nr. 3 HGB bestanden zum Abschlussstichtag nicht.

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

(23) Zinserträge

Diese Position enthielt im Vorjahr Zinserträge aus Bauspardarlehen in Höhe von 6,6 Mio Euro, aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten in Höhe von 16,1 Mio Euro und aus sonstigen Baudarlehen in Höhe von 0,5 Mio Euro.

Im Geschäftsjahr werden negative Zinsen für Aktivprodukte in Höhe von 1,9 Mio Euro ausgewiesen.

(24) Zinsaufwendungen

Diese Position enthielt im Vorjahr Zinsaufwendungen für Bauspareinlagen in Höhe von 14,8 Mio Euro.

bankgeschäftsbezogener Rückstellungen ausgewiesen. Weiterhin werden in dieser Position negative Zinsen für Passivprodukte in Höhe von 1,0 Mio Euro ausgewiesen.

In den Zinsaufwendungen werden 1,7 Mio Euro (Vorjahr 4,7 Mio Euro) aufgrund von Aufzinsungen

(25) Provisionserträge

Etwa 27,3 % der gesamten Provisionserträge entfallen auf für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Vermittlung und Verwaltung.

Im Vorjahr enthielt diese Position Erträge aus Vertragsabschluss und -vermittlung im Bauspargeschäft in Höhe von 6,4 Mio Euro und aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung in Höhe von 0,1 Mio Euro.

(26) Provisionsaufwendungen

Diese Position enthielt im Vorjahr Provisionen aus dem Bauspargeschäft in Höhe von 7,9 Mio Euro.

(27) Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich zusammen aus:

	2015 Mio €	2014 Mio €
- Grundstückserträge	17,9	18,8
- übrige sonstige betriebliche Erträge	128,7	128,1
	146,6	146,9

In dieser Position sind Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von 15,5 Mio Euro (Vorjahr 7,4 Mio Euro) sowie Erträge aus der Abzinsung von nicht

banktypischen Rückstellungen in Höhe von 0,0 Mio Euro (Vorjahr 0,1 Mio Euro) enthalten.

(28) Sonstige betriebliche Aufwendungen	2015 Mio €	2014 Mio €
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich zusammen aus:		
- Aufwand für nicht eigengenutzte Grundstücke und Gebäude	6,8	7,2
- Zinsaufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen	123,4	76,2
- übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	69,7	85,3
	199,9	168,7

(29) Außerordentliches Ergebnis

Im außerordentlichen Ergebnis werden die Anpassungsbuchungen aufgrund der Umstellung auf das BilMoG ausgewiesen. 12,6 Mio Euro der außerordentlichen Aufwendungen entfallen auf die Pensionsrückstellungen.

Ferner fallen Aufwendungen in Höhe von 3,1 Mio Euro aus der Zuführung zu Rückstellungen für die Restrukturierung der S-Servicepartner Norddeutschland GmbH (Personalmaßnahmen) an.

(30) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

In dieser Position sind Aufwendungen für latente Steuern in Höhe von 0,5 Mio Euro (Vorjahr Erträge

0,2 Mio Euro) enthalten. Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

Sonstige Angaben

Vorstand und Verwaltungsrat

Im Geschäftsjahr 2015 betragen die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands 2,4 Mio Euro. Die Gesamtbezüge für frühere Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene beliefen sich auf 2,0 Mio Euro. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen sind insgesamt 24,2 Mio Euro zurückgestellt. Die Kredite an Mitglieder des Vorstands beliefen sich zum 31. Dezember 2015 auf insgesamt 1,0 Mio Euro mit einem Zinssatz von 0,9 % bis 4,4 %.

Die Gesamtbezüge des Verwaltungsrats betragen im Geschäftsjahr 0,3 Mio Euro, Kredite wurden in Höhe von 2,0 Mio Euro zu marktüblichen Konditionen gewährt.

Aufwendungen für Abschlussprüfer

Für das Gesamthonorar der Abschlussprüfer wurden im Geschäftsjahr 2015 insgesamt 1.898 TEUR, davon 1.755 TEUR für andere Abschlussprüfer, aufgewendet. Insgesamt entfallen 1.678 TEUR auf die Abschlussprüfungsleistungen, davon 1.555 TEUR für andere Abschlussprüfer, 202 TEUR auf andere Bestätigungsleistungen, davon 197 TEUR für andere Abschlussprüfer und 18 TEUR auf sonstige Leistungen, davon 3 TEUR für andere Abschlussprüfer.

Beschäftigte

Im Jahresdurchschnitt	
Vollzeitkräfte	3.838
Teilzeitkräfte	1.131
	4.969
Auszubildende	316
	5.285

Die Teilzeitkräfte wurden entsprechend ihrer vereinbarten Arbeitszeit auf Vollzeitkräfte umgerechnet. Im Jahresdurchschnitt 2015 waren 1.764 Teilzeitkräfte beschäftigt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

	Mio €
Für die folgenden Geschäftsjahre bestehenden Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen:	
- 2016	58,5
- 2017	56,7
- 2018	56,7
	171,9

Das Bestellobligo für Investitionsvorhaben hält sich im üblichen Rahmen.

Im Geschäftsjahr bestehen Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 0,1 Mio Euro; Nachschussverpflichtungen bestehen nicht.

Fremdwährung

Die Gesamtbeträge der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, belaufen sich auf umgerechnet 1.007,7 bzw. 622,4 Mio Euro.

Angaben nach § 26a KWG

Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus:	0,16%
Nettogewinn (Mio €)	72,7
Bilanzsumme (Mio €)	45.377,7

Termingeschäfte / derivative Finanzgeschäfte

Die nachstehende Übersicht zeigt das Volumen der zum Jahresresultimo 2015 bestehenden Geschäfte.

per 31. Dezember 2015 in Mio €	Nominalwerte				Marktwerte		
	Restlaufzeit		über 5 Jahre	Summe	davon: des Handels- bestands	positiv	negativ
bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre						
Zinsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
- Caps	54,0	109,6	14,7	178,3	0,0	0,0	0,0
- Collars	0,0	19,4	0,0	19,4	0,0	0,5	0,5
- Floors	0,0	0,6	0,9	1,5	0,0	0,0	0,0
- Wertpapier-Termingeschäfte	0,0	95,0	0,0	95,0	0,0	0,1	6,9
- Strukturierte Swaps	39,7	153,5	4.414,6	4.607,8	0,0	342,3	15,1
- Swaptions	0,0	36,0	0,0	36,0	0,0	0,0	0,0
- Zinsswaps	1.754,4	19.920,4	17.679,4	39.354,2	445,5	1.310,4	1.891,1
Börseninstrumente							
- Zins-Futures	2.335,9	0,0	0,0	2.335,9	16,3	0,4	2,2
- Zins-Optionen	22,1	0,0	0,0	22,1	0,0	0,0	0,0
Summe	4.206,1	20.334,5	22.109,6	46.650,2	461,8	1.653,7	1.915,8
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
- Devisenoptionen	8,0	0,0	0,0	8,0	8,0	0,0	0,0
- Devisentermingeschäfte	3.169,3	54,1	0,0	3.223,4	0,0	32,3	44,7
- Währungsswaps	0,0	131,2	193,6	324,8	0,0	58,3	54,5
Börseninstrumente							
- Zins-Futures	102,8	0,0	0,0	102,8	0,0	0,4	0,3
Summe	3.280,1	185,3	193,6	3.659,0	8,0	91,0	99,5
Geschäfte mit sonstigen Preisrisiken							
OTC-Produkte							
- Strukturierte Swaps	132,5	17,5	0,0	150,0	0,0	1,1	1,5
Börseninstrumente							
- Aktien-Optionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
- Index-Futures	176,1	0,0	0,0	176,1	0,0	2,6	0,8
- Index-Optionen	7,3	0,0	0,0	7,3	0,0	0,0	0,0
Summe	315,9	17,5	0,0	333,4	0,0	3,7	2,3
Kreditderivate							
OTC-Produkte							
- Credit Default Swaps	0,0	100,0	0,0	100,0	0,0	1,8	0,0
Summe	0,0	100,0	0,0	100,0	0,0	1,8	0,0

Grundsätzlich wird für die Bewertung der Derivate der aktuelle Marktpreis zugrunde gelegt. Bei börsengehandelten Derivaten werden die Kurse des letzten Börsentags in 2015 verwendet. Ist ein aktueller Marktpreis nicht unmittelbar verfügbar, erfolgt die Bewertung nach den gängigen finanzmathematischen Bewertungsverfahren. So wird bei Zinsswaps ein Barwert auf Grundlage der aktuellen Zinsstrukturkurve ermittelt. Bei Devisentermingeschäften wird der Terminkurs verwendet. Die Marktwerte der Devisenoptionen werden auf Basis der aktuellen Devisenkurse und Zinsstrukturkurven sowie der impliziten Volatilitäten ermittelt (Binomialmodell). Bei Swaps und Zinsoptionen werden die Marktwerte unter Berücksichtigung von Zinsstrukturkurven und impliziten Volatilitäten errechnet (Black 76 und Hull-White-Modell). Die Zeitwerte der Credit Default Swaps werden als Barwert zukünftiger Zahlungsströme unter Verwendung von Euro Zero Kurven, Bonitätsbewertungen, Wiedereinbringungsquoten und laufzeitabhängigen Credit-Spreads ermittelt.

Auf Basis der Bildung von Bewertungseinheiten werden strukturierte Wertpapiere emittiert, denen in einem Mikro hedge strukturierte Swaps gegenüberstehen, so dass die Zinsrisiken und die sonstigen Preisrisiken vollständig abgesichert sind.

Der wesentliche Teil aller oben genannten zinsbezogenen Geschäfte wurde zur Begrenzung von Zinsrisiken abgeschlossen, sie wurden in die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen. Mit den Zinsswaps wird im Rahmen der Aktiv- und Passivsteuerung die Fristentransformation gesteuert. Die börsengehandelten Zinsderivate stellen überwiegend Zinnsicherungsgeschäfte sowie Handelsgeschäfte für Kunden dar.

Bei den währungsbezogenen Geschäften handelt es sich zu einem großen Teil um Geschäfte mit Kunden

und eigenen Spezialfonds, die grundsätzlich kursgesichert sind, in geringerem Umfang um Eigenhandels-geschäfte. Die währungsbezogenen derivativen Geschäfte stellen zusammen mit den bilanziellen Fremdwährungsbeständen eine nahezu geschlossene Position dar.

Die Geschäfte mit sonstigen Preisrisiken umfassen ausschließlich Handelsgeschäfte für Kunden und strukturierte Swaps, deren Preisrisiken vollständig abgesichert sind.

Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit zukünftiger Zahlungsströme der derivativen Finanzinstrumente des Handelsbestands werden im Wesentlichen vom Zinsumfeld, von den Entwicklungen an den Rentenmärkten sowie den Entwicklungen der Credit-Spreads beeinflusst.

Als Grundgeschäfte werden Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von 3.043,6 Mio Euro und schwebende Geschäfte mit einem Nominalwert von 299,0 Mio Euro in Bewertungseinheiten nach § 254 Satz 1 HGB einbezogen. Bei diesen Bewertungseinheiten handelt es sich jeweils um sogenannte Mikro-Bewertungseinheiten. Alle Grundgeschäfte werden mittels derivativer Finanzinstrumente gegen Zins-, Währungs- sowie sonstige Preisrisiken abgesichert.

Zum Bilanzstichtag bestehen für die Absicherung von Zinsänderungsrisiken Geschäfte mit einem positiven Marktwert von 326,7 Mio Euro, für die Absicherung von Währungsrisiken Geschäfte mit einem negativen Marktwert von 23,7 Mio Euro sowie für die Absicherung von sonstigen Preisrisiken Geschäfte mit einem negativen Marktwert von 0,4 Mio Euro.

Bei den Credit Default Swaps handelt es sich um Sicherungsgeberpositionen.

Pfandbriefe

Die Hamburger Sparkasse AG emittiert seit dem Geschäftsjahr 2006 Pfandbriefe. Die regelmäßigen

Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch die Veröffentlichung über die Homepage im Internet www.haspa.de erfüllt.

Angaben zu Gesamtbetrag und Laufzeitstruktur

	2015 Mio €	2014 Mio €
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 1 und 3		
Hypothekendarlehen		
davon Derivategeschäfte	0,0	0,0
Nennwert	4.229,9	3.895,5
Barwert	4.919,9	4.672,6
Risikobarwert ¹⁾	4.541,4	4.909,3
Deckungsmasse		
davon Derivategeschäfte	0,0	0,0
Nennwert	6.415,0	5.432,2
Barwert	7.258,6	6.255,0
Risikobarwert ¹⁾	6.810,8	6.444,4
Überdeckung		
Nennwert	2.185,1	1.536,8
Barwert	2.338,7	1.582,5
Risikobarwert ¹⁾	2.269,4	1.535,0
Überdeckung unter Berücksichtigung des vdp-Bonitätsdifferenzierungsmodells		
Nennwert	0,0	0,0
Barwert	0,0	0,0

¹⁾ Für die Berechnung des Risikobarwerts wurde der dynamische Ansatz gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 PfandBarwertV verwendet

	2015 Mio €	2014 Mio €
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 2		
Laufzeitstruktur des Hypothekendarlehens		
- bis zu 0,5 Jahre	166,0	35,8
- mehr als 0,5 Jahre bis zu 1 Jahr	190,0	48,0
- mehr als 1 Jahr bis zu 1,5 Jahre	188,5	176,0
- mehr als 1,5 Jahre bis zu 2 Jahre	144,0	190,0
- mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahre	334,2	342,5
- mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahre	428,5	329,2
- mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahre	535,6	323,5
- mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahre	1.271,2	1.427,5
- mehr als 10 Jahre	972,0	1.023,0

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 2	2015 Mio €	2014 Mio €	2015 Mio €	2014 Mio €
Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse	Weitere Deckungswerte		Gesamtdeckungsmasse	
- bis zu 0,5 Jahre	0,0	0,0	271,0	260,3
- mehr als 0,5 Jahre bis zu 1 Jahr	125,0	0,0	435,7	249,8
- mehr als 1 Jahr bis zu 1,5 Jahre	0,0	0,0	304,3	274,9
- mehr als 1,5 Jahre bis zu 2 Jahre	0,0	125,0	329,4	400,9
- mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahre	75,0	0,0	666,4	547,9
- mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahre	0,0	75,0	700,2	575,6
- mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahre	0,0	0,0	547,6	563,4
- mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahre	0,0	0,0	2.308,4	1.854,8
- mehr als 10 Jahre	0,0	0,0	852,1	704,8

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 9	2015 in %	2014 in %
Anteil der festverzinslichen Deckungswerte an der Deckungsmasse	96,9	96,3
Anteil der festverzinslichen Pfandbriefe an den zu deckenden Verbindlichkeiten	98,8	98,7

Zusammensetzung der ordentlichen Deckungswerte

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 1	2015 Mio €	2014 Mio €
a) Gesamtbetrag der verwendeten nennwertigen Deckungsmasse nach Größenklassen ¹⁾		
Kreditdeckung		
- bis 300 TEUR	3.213,0	2.534,6
- über 300 TEUR bis zu 1,0 Mio Euro	913,9	859,3
- über 1,0 Mio Euro bis zu 10,0 Mio Euro	1.752,1	1.543,0
- mehr als 10,0 Mio Euro	336,2	295,3

b) und c)	2015 Mio €	2014 Mio €	2015 Mio €	2014 Mio €
Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen nach Nutzungsart ¹⁾²⁾				
	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke		gewerblich genutzte Grundstücke	
- Eigentumswohnungen	796,9	564,9	0,0	0,0
- Ein- und Zweifamilienhäuser	2.123,2	1.718,1	0,0	0,0
- Mehrfamilienhäuser	1.858,2	1.628,6	0,0	0,0
- Bürogebäude	0,0	0,0	526,3	468,9
- Handelsgebäude	0,0	0,0	227,5	199,2
- Industriegebäude	0,0	0,0	21,6	24,6
- Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	0,0	0,0	661,3	628,1
- Unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0
- Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0

¹⁾ Ausschließliche Betrachtung der ordentlichen Deckung

²⁾ Keine Grundstückssicherheiten außerhalb Deutschlands

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 7	2015 Mio €	2014 Mio €
Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen nach § 13 Abs. 1 PfandBG überschreiten	0,0	0,0
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 11		
	2015 in Jahren	2014 in Jahren
Volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen	6,0	6,0
PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 3		
	2015 in %	2014 in %
Durchschnittlich gewichteter Beleihungsauslauf	52,0	44,7
Zusammensetzung der weiteren Deckungswerte		
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 8		
	2015 Mio €	2014 Mio €
Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen des § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG übersteigen	0,0	0,0
Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen des § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG übersteigen	0,0	0,0
PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 6		
	2015 Mio €	2014 Mio €
Ausgleichsforderungen im Sinne des § 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG	0,0	0,0
Forderungen im Sinne des § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	0,0	200,0
davon gedeckte Schuldverschreibungen im Sinne des Artikels 129 CRR	0,0	0,0
Forderungen im Sinne des § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	200,0	0,0

Übersicht der rückständigen Leistungen

	2015 Mio €	2014 Mio €
PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 2		
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf Forderungen	0,0	0,0
Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt	0,0	0,0

Weitere Angaben

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 4	2015 Mio €	2014 Mio €	2015 Mio €	2014 Mio €
			wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke	gewerblich genutzte Grundstücke
Zahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0	0	0	0
Zahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Zahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	0	0	0	0
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	0,0	0,0	0,0	0,0

Treuhänder

Uwe Rollert,
Unternehmensberater

Stellvertreter
Dr. Adam von Kottwitz,
Notar a.D.

Stellvertreter
Rainer Sinhuber,
Richter i.R.
(bis 30. November 2015)

Stellvertreter
Joachim Prabel,
Richter
(seit 1. Dezember 2015)

Anteilsbesitz der HASPA Finanzholding per 31. Dezember 2015¹⁾

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Eigenkapital in %	Eigenkapital des Unternehmens T€ ²⁾	Jahres- ergebnis des Unternehmens T€ ²⁾
Unmittelbare Beteiligungen:			
- Freie Sparkassen Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	75,64 %	19.294,4	1.876,9
- HASPA Erste Beteiligungsgesellschaft mbH i.L., Hamburg	100,00 %	27,2 ³⁾	-0,2 ³⁾
- HASPA HanseGrund GmbH, Hamburg	51,00 %	1.035,7 ³⁾	35,7 ³⁾
- HASPA Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	25,0 ³⁾	-0,3 ³⁾
- HLS Hamburger Logistik Service GmbH, Hamburg	73,48 %	8.000,8 ³⁾	1,0 ³⁾
- INUIT Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	94,90 %	-3.330,0	184,0
- MALABO Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	94,90 %	-477,5	36,7
- neue Leben Pensionsverwaltung Aktiengesellschaft, Hamburg	21,18 %	15.823,0	-61,0
- NM Nord-IMMO Management Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	37,4	0,8
- Fünfzehnte Hammonia Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00 %	24,5 ³⁾	-0,3 ³⁾
- S-Servicepartner Deutschland GmbH, Berlin	40,50 %	4.983,8 ³⁾	-16,2 ³⁾
Mittelbare Beteiligungen über Hamburger Sparkasse AG:			
- BTG Beteiligungsgesellschaft Hamburg mbH, Hamburg	30,81 %	3.337,9	-0,8
- Bürgerschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH, Hamburg	21,35 %	22.998,4	1.638,7
- Cenito Service GmbH, Hamburg	100,00 %	800,0 ³⁾	0,0 ³⁾⁴⁾
- GBP Gesellschaft für Betriebliche Pensionsplanung mbH, Hamburg	100,00 %	42,6 ³⁾	0,0 ³⁾⁴⁾
- HASPA-DIREKT Servicegesellschaft für Direktvertrieb mbH, Hamburg	100,00 %	687,1 ³⁾	0,0 ³⁾⁴⁾
- Hanseatischer Sparkassen- und Giroverband, Hamburg	74,87 %	62.496,1	-2,9
- HASPA Beteiligungsgesellschaft für den Mittelstand mbH, Hamburg	100,00 %	5.000,0 ³⁾	0,0 ³⁾⁴⁾
- INUIT Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	5,10 %	-3.330,0	184,0
- MALABO Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	5,10 %	-477,5	36,7
- Mittelstandsfonds Hamburg MHH GmbH & Co. KG, Hamburg	75,10 %	1.812,1	5.174,3
- Mittelstandsfonds Hamburg MHH Verwaltungs GmbH, Hamburg	75,20 %	14,0	-0,7
- Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg	25,00 %	14.042,9 ³⁾	3.250,9 ³⁾

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Eigenkapital in %	Eigenkapital des Unternehmens T€ ²⁾	Jahresergebnis des Unternehmens T€ ²⁾
über Sparkasse Mittelholstein AG:			
- Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft Rendsburg-Eider GmbH i.L., Rendsburg	100,00 %	64,7 ³⁾	-0,2 ³⁾
- Freie Sparkassen Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	1,28 %	19.294,4	1.876,9
- Rendsburg Energie Contracting GmbH, Rendsburg	49,00 %	457,5	42,9
über Freie Sparkassen Beteiligungsgesellschaft mbH:			
- Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co., Bremen	33,00 %	126.722,5	23.975,0
- Deutsche Factoring Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bremen	33,33 %	285,3	-12,7
über Grossmann & Berger GmbH:			
- Johs. Reese Immobilien Consulting GmbH, Berlin	100,00 %	100,0	0,0
über S-Servicepartner Norddeutschland GmbH:			
- Kredit-Service-Center GmbH, Bremen	100,00 %	1.500,1	0,0 ⁴⁾
- S-Servicepartner Consulting GmbH, Hamburg	100,00 %	518,0	18,0
über Haspa Beteiligungsgesellschaft für den Mittelstand mbH:			
- MHG Beteiligungsgesellschaft mbH, Buchholz	40,00 %	10,4	-1.042,7
- R+S solutions Beteiligungs GmbH, Hamburg	26,00 %	11.475,2	-115,5
- PWM Beteiligungs GmbH, Hamburg	49,99 %	1.394,9	-5,1
- novomind management group GmbH, Hamburg	21,54 %	9.839,2	3.047,7
- Rübsam Beteiligungs Holding GmbH, Fulda	31,00 %	k.A. ⁵⁾	k.A. ⁵⁾
über Wohnungsunternehmen Fiefstücken GmbH:			
- HSF Hauswart-Service Fiefstücken GmbH, Hamburg	100,00 %	109,2	34,2

¹⁾ Anteilsbesitz ab mindestens 20 % an nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung ist

²⁾ Nach dem letzten für 2014 vorliegenden Jahresabschluss, soweit kein anderer Hinweis

³⁾ Nach dem letzten für 2015 vorliegenden Jahresabschluss

⁴⁾ Gewinnabführungsvertrag

⁵⁾ Kein Jahresabschluss vorliegend, da Neugründung in 2015

Anhangangaben gemäß § 340a Abs. 4 HGB

Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter, die Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB) wahrnehmen:

VorstandsmitgliederDr. Harald Vogelsang

Landesbank Berlin Holding AG, Berlin
Landesbank Berlin AG, Berlin

Mitglied
Mitglied

Frank Brockmann

Sparkasse zu Lübeck Aktiengesellschaft, Lübeck

stellv. Vorsitzender

Dr. Jörg Wildgruber

neue leben Pensionskasse Aktiengesellschaft, Hamburg
Sparkasse Mittelholstein Aktiengesellschaft, Rendsburg
LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel/Hamburg
neue leben Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Hamburg
Bordesholmer Sparkasse Aktiengesellschaft, Bordesholm

Vorsitzender
Vorsitzender
stellv. Vorsitzender
stellv. Vorsitzender
Mitglied

MitarbeiterDr. Cirsten Witt (Prokuristin)

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG, Kiel / Hamburg
neue leben Unfallversicherung Aktiengesellschaft, Hamburg
Sparkasse Mittelholstein Aktiengesellschaft, Rendsburg

Mitglied
Mitglied
Mitglied

Beteiligungen

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, die 5 % der Stimmrechte überschreiten:

Bordesholmer Sparkasse Aktiengesellschaft, Bordesholm
Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH, Kiel

Organe**Verwaltungsrat**

Dr. Karl-Joachim Dreyer
Präses (bis 28. Januar 2015)
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Hamburger Sparkasse AG (bis 15. April 2015)

Dipl.-Kfm. Günter Elste
Präses (seit 28. Januar 2015)
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Hamburger Sparkasse AG
(seit 15. April 2015)

Peter Becker
Stellvertretender Präses
Bäckermeister
Ehem. Präsident Zentralverband des
Deutschen Bäckerhandwerks e.V.

Dr. Martin Willich
Rechtskundiges Mitglied
Kaufmann, Volljurist

Michael Behrendt
Vorsitzender des Aufsichtsrats
Hapag-Lloyd AG
(bis 31. Dezember 2015)

Prof. Dr. Jörg F. Debatin
Vice President und
Chief Technology Officer
GE Healthcare
(bis 28. Januar 2015)

Claus Krohn
Betriebsratsvorsitzender
Hamburger Sparkasse AG

Dr. Hans Fabian Kruse
Geschäftsführender Gesellschafter
WIECHERS & HELM GmbH & Co. KG
Präsident AGA Norddeutscher Unternehmensverband
Großhandel, Außenhandel, Dienstleistung e.V.
(seit 28. Januar 2015)

Jan Petersen
Geschäftsführer
AUG. PRIEN Bauunternehmung (GmbH & Co. KG)
(seit 10. Februar 2016)

Dirk Reimers
Rechtsanwalt, Staatsrat a.D.
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Deutsche Nationalstiftung
(bis 28. Januar 2015)

Gabriele Voltz
Rechtsanwältin

Ulrich Wachholtz
Verleger
Präsident Unternehmensverband NORD
(seit 28. Januar 2015)

Dr. Jost Wiechmann
Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwalt, Steuerberater
Partner Roeever Broenner Susat Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
(seit 28. Januar 2015)

Vorstand

Dr. Harald Vogelsang
Sprecher

Frank Brockmann

Dr. Jörg Wildgruber

Hamburg, den 30. März 2016

Der Vorstand

Dr. Vogelsang

Brockmann

Dr. Wildgruber

Anlage

**Anlage zum Konzernabschluss gemäß
§ 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2015
(„Länderspezifische Berichterstattung“)**

Die HASPA Finanzholding hat dauerhaft die Verpflichtung Sparkassengeschäft im Wirtschaftsraum Hamburg zu betreiben. Niederlassungen im Ausland werden nicht unterhalten.

(§ 26a Abs. 1 S. 2 Nr. 1 KWG)

Die HASPA Finanzholding definiert den Umsatz aus der Summe folgender Positionen der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge (1), Zinsaufwendungen (2), Laufende Erträge (3), Ergebnis aus assoziierten Unternehmen (4), Erträge aus Gewinngemeinschaften (5), Provisionserträge (6), Provisionsaufwendungen (7), Nettoertrag des Handelsbestands (8) und Sonstige betriebliche Erträge (9). Der Umsatz für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 beträgt 1.208,9 Mio Euro.

(§ 26a Abs. 1 S. 2 Nr. 2 KWG)

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 5.285 Beschäftigte.

(§ 26a Abs. 1 S. 2 Nr. 3 KWG)

Der Gewinn vor Steuern beträgt 184,4 Mio Euro.

(§ 26a Abs. 1 S. 2 Nr. 4 KWG)

Unter Berücksichtigung der Steuern von 111,7 Mio Euro ergibt sich ein Nettogewinn von 72,7 Mio Euro. Die Steuern betreffen sowohl laufende wie auch latente Steuern.

(§ 26a Abs. 1 S. 2 Nr. 5 KWG)

Die HASPA Finanzholding hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

(§ 26a Abs. 1 S. 2 Nr. 6 KWG)

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der HASPA Finanzholding, juristische Person alten hamburgischen Rechts, Hamburg, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel – und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und über den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Rechnungslegungsinformationen der in den Konzernabschluss einbezogenen Teilbereiche, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 12. April 2016

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Zemke
Wirtschaftsprüfer

Butte
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat hat sich im Berichtsjahr vom Vorstand über alle grundsätzlichen Fragen der strategischen Ausrichtung und der Geschäftspolitik sowie über die Entwicklung des laufenden Geschäfts und die wirtschaftlichen Verhältnisse regelmäßig, zeitnah und umfassend unterrichten lassen. Alle wesentlichen Fragen wurden mit dem Vorstand in fünf Plenarsitzungen ausführlich erörtert. Angelegenheiten von besonderer Tragweite sowie im Kreditwesengesetz besonders geregelte Themen wurden darüber hinaus in Sitzungen des aus der Mitte des Verwaltungsrats gebildeten Präsidialausschusses im Vorwege beraten und vertieft. Inhaltliche Schwerpunkte bildeten neben der turnusmäßigen Befassung mit den größeren Beteiligungen – hier insbesondere der Hamburger Sparkasse AG – der Zusammenschluss der in S-Servicepartner Norddeutschland GmbH umbenannten NRS Norddeutsche Retail-Service GmbH mit der S-Servicepartner GmbH, die geplante Konsolidierung im Factoringgeschäft der Deutsche Factoring Bank mit der zur Deutsche Leasing Gruppe gehörenden Universal Factoring GmbH sowie die Neuaufstellung der Immobiliengesellschaften nach der Kooperation der HASPA HanseGrund GmbH mit der BECKEN Gruppe. Ein weiteres hervorzuhebendes Thema im Verwaltungsrat war die Anpassung der Vergütungssysteme in der HASPA-Gruppe an die für bedeutende Institute geltenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Darüber hinaus befasste sich der Verwaltungsrat erneut mit den Auswirkungen der regulatorischen Anforderungen, insbesondere die der europäischen Bankenaufsicht, auf die HASPA Finanzholding und auf die HASPA-Gruppe und mit den daraus resultierenden Anpassungen. Insbesondere beschäftigte sich der Verwaltungsrat mit der Beaufsichtigung durch die Europäische Zentralbank; diese umfasste den aufsichtlichen Überprüfungsprozess SREP (Supervisory Review and Evaluation Process) sowie die Überprüfung der Anforderungen zur Risk Governance und Risk Appetite Framework. In diesem Zusammenhang bewertete der Verwaltungsrat nach umfassender Erörterung die Effektivität und Unabhängigkeit der Aufsichtsgremien als angemessen. Zudem beschäftigte sich der Verwaltungsrat mit den Kerninhalten des sogenannten Sanierungsplans der HASPA-Gruppe, der zur Sicher- bzw. Wiederherstellung der finanziellen Stabilität in möglichen Krisensituationen

verfügbare Handlungsoptionen im Zusammenwirken mit Schwellenwerten anhand verschiedener Belastungsszenarien darstellt. Des Weiteren wurde die bereits im Vorjahr weiterentwickelte und in diesem Jahr entsprechend des Prozesses zur Erstellung des Sanierungsplans angepasste Geschäfts- und Risikostrategie erneut diskutiert.

Der Verwaltungsrat war darüber hinaus in alle aktuellen Sachverhalte und Entscheidungen eingebunden, die nach der Satzung der Zustimmung des Verwaltungsrats bedurften. Zwischen dem Präses des Verwaltungsrats und dem Sprecher des Vorstands fanden daneben regelmäßige Gespräche statt, in denen über maßgebliche operative Themen informiert und strategische Überlegungen vorbereitend erörtert wurden. Der Verwaltungsrat hat sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt und im Rahmen seiner Zuständigkeiten und Kompetenzen die ihm obliegenden Entscheidungen in fünf turnusmäßigen Sitzungen sowie im schriftlichen Verfahren getroffen. Zudem erfolgte eine konstituierende Verwaltungsratssitzung unmittelbar nach der Neuwahl der Verwaltungsratsmitglieder. Ferner fand eine Weiterbildungsveranstaltung für die Mitglieder des Verwaltungsrats statt, in der die aktuellen regulatorischen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit in Aufsichtsgremien, die Risiko- steuerung und das Risikomanagement erläutert und diskutiert sowie die Unternehmensbereiche Unternehmenskunden und Immobilienkunden vorgestellt wurden. Über die Arbeit des Präsidialausschusses hat sich der Verwaltungsrat regelmäßig berichten lassen.

Die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, hat den Jahresabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2015 sowie den Konzernabschluss und Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2015 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Nach eigener Prüfung und Erörterung des Einzel- sowie des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts mit dem bestellten Abschlussprüfer in den Bilanzsitzungen von Präsidialausschuss und Verwaltungsrat hat der Verwaltungsrat von dem jeweiligen Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen und dem Jahresabschluss der HASPA Finanzholding zum

31. Dezember 2015 sowie dem Konzernabschluss und dem Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2015 zugestimmt. Der Verwaltungsrat hat sich ferner dem Vorschlag des Vorstands angeschlossen, dem Kuratorium zu empfehlen, den Jahresabschluss der HASPA Finanzholding zum 31. Dezember 2015 festzustellen und den Bilanzgewinn von 76,2 Millionen Euro, der dem Jahresüberschuss entspricht, der Sicherheitsrücklage zuzuführen sowie den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2015 zu billigen.

Aus dem Kuratorium beendeten mit Ablauf der Kuratoriumssitzung am 27. Januar 2016 Frau Barbara Ahrons sowie die Herren Prof. Dr. Fokko ter Haseborg und Prof. Dr. Norbert Klusen aufgrund der in der Satzung festgelegten Altersbegrenzung oder auf eigenen Wunsch ihre langjährige Tätigkeit im Kuratorium. Ferner hat im Zusammenhang mit seiner Wahl in den Aufsichtsrat der Hamburger Sparkasse AG Herr Dr. Georg Mecke seine Tätigkeit im Kuratorium zum Ende des Jahres 2015 beendet. Neu in das Kuratorium gewählt wurden in der Sitzung am 27. Januar 2016 für die satzungsmäßige Amtszeit von vier Kalenderjahren Frau Martina Julius-Warning und Frau Dr. Janine Wockenfuß sowie die Herren Frank Anger-Lindemann, Dr. Jens Baas, Michael Behrendt, Thomas Kliewe, Thomas Schwarz und Jens Stacklies.

Am 28. Januar 2015 hat Herr Günter Elste den Vorsitz im Verwaltungsrat übernommen, nachdem Herr Dr. Karl-Joachim Dreyer nach vielen Jahren äußerst enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit seine

Tätigkeit beendet hat. Mit Ablauf des 31. Dezember 2015 schied Herr Michael Behrendt aufgrund einer Überschreitung der regulatorischen Höchstzahl von ausgeübten Mandaten in Verwaltungs- und Aufsichtsorganen aus dem Verwaltungsrat aus. Als Nachfolger wählte das Kuratorium Herrn Jan Petersen für die Amtszeit bis Ende 2016. Vorstand und Verwaltungsrat danken den ausgeschiedenen Mitgliedern von Kuratorium und Verwaltungsrat herzlich für ihr engagiertes und verdienstvolles Wirken während der vergangenen Jahre im Interesse der HASPA Finanzholding und der gesamten HASPA-Gruppe.

Der Verwaltungsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der HASPA Finanzholding für den großen persönlichen Einsatz und die erfolgreiche Arbeit im abgeschlossenen Geschäftsjahr Dank und Anerkennung aus. In gleicher Weise dankt der Verwaltungsrat den Mitgliedern der Gremien für das im Geschäftsjahr 2015 gezeigte Engagement.

Hamburg, den 29. April 2016

Der Verwaltungsrat

Günter Elste
Präses

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

902 K 4/16. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Rehmstraße 15, 15 a, 17, 17 a belegene, im Grundbuch von Winterhude Blatt 8603 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus einem 213/10000 Miteigentumsanteil an dem 1602 m² großen Grundstück (Flurstück 113), verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung nebst Abstellraum und Balkon, sämtlich im Aufteilungsplan mit Nummer 35 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Die 2½-Zimmer-Wohnung befindet sich im II. Obergeschoss rechts in einem teilunterkellerten, sechsgeschossigen Mehrfamilienwohnhaus, postalische Anschrift: Rehmstraße 17. Die Wohnung gehört zu einer Eigentümergemeinschaft mit 51 Wohnungseigentumsanteilen in insgesamt 2 Gebäuden mit 4 Hauseingängen, Baujahr 1906. Die Wohnfläche beträgt etwa 56,46 m². Vermutlich wird die Wohnung teilweise von den Eigentümern bzw. von Angehörigen genutzt. Eine Innenbesichtigung wurde dem Gutachter nicht ermöglicht. Es ist Zwangsverwaltung angeordnet.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 225 000,- Euro und hinsichtlich der hälftigen Miteigentumsanteile jeweils 112 500,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 8. Dezember 2016, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-St. Georg, Lübeckertordamm 4, I. Stock, Saal 1.01.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 1.40a, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet unter www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 24. Februar 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 7. Oktober 2016

**Das Amtsgericht
Hamburg-St. Georg**

Abteilung 902

836

Zwangsversteigerung

616 K 46/15. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Bremer Straße 89, 21073 Hamburg belegene, im Grundbuch von Harburg Blatt 18537 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 42,871/1000 Miteigentumsanteilen an dem 574 m² großen Flurstück 1856, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und nebst Abstellraum Nummer 12, durch das Gericht versteigert werden.

Die 1-Zimmer-Wohnung zu einer Größe von etwa 33 m² befindet sich im Dachgeschoss (links) eines vermutlich im Jahr 1907 erstmals errichteten und 1952 neu errichteten Mehrfamilienwohnhauses. Gaszentralheizung. Warmwasserversorgung erfolgt über Zentralheizung. Eine Innenbesichtigung wurde dem Sachverständigen nicht ermöglicht. Zum Zeitpunkt des Ortstermins war das Objekt vermutlich leerstehend. Mietverträge wurden nicht bekanntgemacht.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 55 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 22. November 2016, 9.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Harburg, Bleicherweg 1, Saal B0.04 (Souterrain).

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer B1.01, Telefon: 040/42871-2406, montags bis freitags (außer mittwochs) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 18. September 2015 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor

der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 7. Oktober 2016

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**

Abteilung 616

837

Zwangsversteigerung

717 K 10/16. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Ratiborweg 22 belegene, im Grundbuch von Jenfeld Blatt 3542 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 565/10000 Miteigentumsanteilen an dem 2118 m² großen Flurstück 2032, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und dem Kellerraum Nummer 11, durch das Gericht versteigert werden.

Die 1½-Zimmer-Wohnung mit Küche, Bad und Balkon zu einer Größe von etwa 39,14 m² befindet sich im I. Obergeschoss eines vermutlich im Jahr 1971 errichteten Mehrfamilienwohnhauses. Die Heizung erfolgt über Fernwärme, die Warmwasserversorgung ist nicht bekannt. Eine Innenbesichtigung war nicht möglich. Die Wohnung ist vermietet.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 60 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 24. November 2016, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, I. Stock, Saal 157.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 301, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040/42881-2910/-2911/-2150. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

1752

Freitag, den 7. Oktober 2016

Amtl. Anz. Nr. 80

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 5. April 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der

Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens

herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstand tritt.

Hamburg, den 7. Oktober 2016

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**

Abteilung 717

838

Sonstige Mitteilungen

Auftraggeber:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Vergabenummer: **GMH VOB ÖA 012-16 HB**

Verfahrensart: Öffentliche Ausschreibung

Bezeichnung des Auftrags:

Rotenhäuser Damm 45

Baufauftrag:

Leistungsumfang:

Los 1 Fenster, Glasfassade und Sonnenschutzarbeiten

Die Arbeiten umfassen die Herstellung und Montage der Fenster als Holz-Alu-Fenster. Aufgeteilt in 17 Stück P/R-Elementfenster ca. 180 m² und 44 Stück Alu-Holz-Elementfenster ca. 94 m². Die Arbeiten beinhalten auch die Erstellung des Sonnenschutzes als Raffstore.

Los 2 Trockenbauarbeiten

Die Arbeiten umfassen die Erstellung der Innenwände, Innenverkleidungen und der abgehängten Decken. Der Umfang der Arbeiten umfasst ca. 1.300,00 m² Decken und ca. 1.500,00 m² Wände.

Los 3 Zimmer- und Holzbauarbeiten

Die Arbeiten umfassen die Erstellung des 1. OG in Holzrahmenbauweise und die Herstellung des Dachtragwerkes. Der Umfang der Arbeiten beläuft sich auf ca. 520,00 m² Holzrahmenbau und ca. 250,00 m Brettschichtholzträger.

Der Neubau nimmt die Pausenhalle, die Mensa sowie die Verwaltungsräume auf. Die Abmessungen des zweigeschossigen Gebäudes betragen ca. L X B = 38,00 x 16,50 m, Höhe ca. 9,90 m.

Voraussichtlicher Ausführungszeitraum:

Baubeginn Los 1: ca. April 2017

Baubeginn Los 2: ca. April 2017

Baubeginn Los 3: ca. März 2017

Bauende Los 1: etwa April 2017

Bauende Los 2: etwa Juni 2017

Bauende Los 3: etwa April 2017

Schlussstermin für die Einreichung der Angebote:
für Los 1 bis zum 27. Oktober 2016 bis 10.00 Uhr
für Los 2 bis zum 27. Oktober 2016 bis 10.30 Uhr und für
Los 3 bis zum 27. Oktober 2016 bis 11.00 Uhr

Kontaktstelle:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Einkauf/Vergabe
Telefax: 040/42731-0143
Einkauf@gmh.hamburg.de

Die Bekanntmachung erreichen Sie unter:

[http://www.gmh-hamburg.de/
unternehmen/ausschreibungen.html](http://www.gmh-hamburg.de/unternehmen/ausschreibungen.html)

Bekanntmachung sowie die Bewerbungsunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

[http://www.hamburg.de/
bauleistungen/5796074/bauleistungen/](http://www.hamburg.de/bauleistungen/5796074/bauleistungen/)

Auskunftserteilungen werden ausschließlich auf den Plattformen bekannt gemacht.

Hamburg, den 29. September 2016

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 839